

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538, Entgelt bezahlt

Winter 2014
Nr. 186, 43. Jahrgang
Nürnberg
3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

25 de Abril



Vor 40 Jahren:

Portugal im revolutionären Aufbruch 1974/75

Anmerkungen und Notizen zur „Nelkenrevolution“ – Teil II

In dem ersten Teil des Artikels in der Arbeiterstimme 185 analysierte unser Autor den Werdegang der Revolution bis in die Mitte des Jahres 1976 und die Rolle der Sozialistischen Internationale. Der gesamte Artikel kann unter www.arbeiterstimme.org gelesen werden.

Die Redaktion

Was bleibt?

Zwei, drei wesentliche Dinge dürfen als Errungenschaften unzweifelhaft festgehalten und für alle Zeiten als positiv notiert werden: ein Volk hat mit tatkräftiger Hilfe des eigenen Militärs eine lange währende Diktatur zweier aufeinander folgen-

der Potentaten (Salazar, Caetano) abgeschüttelt und sich – egal wie man dazu kritisch stehen mag – am Ende bei Wahlen mehrheitlich und dauerhaft für eine bürgerlich-demo-

kratische Ordnung entschieden; ein fortschrittlich orientiertes Militär lieferte kurz nach dem Trauma von Chile 1973 den seltenen Beweis, dass es

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

Portugal im revolutionären Aufbruch, Teil II	S. 1
Unsere Jahreskonferenz 2014	S. 9
Zur Lage der Gruppe	S. 10
Wahlen in Sachsen-Thüringen-Brandenburg	S. 12
Islamischer Fundamentalismus, Islamischer Staat und der Westen	S. 17
Großbritannien 2014	S. 21
Viktor Agartz	S. 23
Lebenszeugnis und Plädoyer eines Wehrmachtsdeserteurs	S. 26
Karl Wastl – aktiver Gewerkschafter und Antifaschist	S. 27

In eigener Sache

Bei Redaktionsschluss laufen noch die Arbeitskämpfe bei der Deutschen Bahn AG und bei den Piloten des Lufthansakonzernts. Die Unnachgiebigkeit der Konzernleitungen lässt auf eine politische Strategie im Hintergrund schließen. Regierung und Unternehmerlager sind dabei, auszuloten, wie weit sie Gewerkschaftsrechte und das Streikrecht beschneiden können. Die SPD spielt dabei ihre alte Rolle; sie gibt vor, in der Koalitionsregierung „Hüterin der Sozialpartnerschaft“ zu sein, hilft aber in Wirklichkeit, antigewerkschaftliche Angriffe durchzusetzen. Es ist die sozialdemokratische Arbeitsministerin Andrea Nahles, die sich dazu hergibt, das Streikrecht anzutasten. Wir werden in der nächsten Nummer dazu Stellung nehmen und auch die zwiespältige Haltung von Gewerkschaften dazu aufzeigen.

Ein Kommentar von bürgerlicher Seite wirft ein Schlaglicht auf wesentliche Seitens des GDL-Streiks.

In dieser Ausgabe bringen wir den zweiten Teil und Schluss der Nachbetrachtung über die Auswirkungen der Nelkenrevolution in Portugal vor 40 Jahren.

Es folgt der Bericht über die Jahreskonferenz und das Referat „Zur Lage der Gruppe“.

Das zweite Referat befasst sich mit der innenpolitischen Situation. Es geht auf die Landtagswahlen in

Sachsen, Brandenburg und Thüringen ein und befasst sich u.a. mit dem Charakter der AfD.

Das Referat „Islamischer Fundamentalismus, Islamischer Staat und der Westen“, das ein Genosse der Arpo gehalten hat, steht bereits in der aktuellen Ausgabe der „Arbeiterpolitik“.

Wie schon seit vielen Jahren, so sprach auch heuer ein britischer Genosse über die aktuelle Lage nach dem Referendum in Schottland. Er erinnerte an die Lügen der Thatcher-Regierung bei ihrem Vernichtungsfeldzug gegen die Bergarbeitergewerkschaft in den achtziger Jahren.

Ein Nachdruck aus dem *Freitag* gedenkt des 1964 verstorbenen Gewerkschaftstheoretikers Viktor Agartz, der in den Notjahren nach dem Zweiten Weltkrieg in vorbildlicher Weise eine kämpferische Arbeiterpolitik vertrat. Er wurde von rechten Gewerkschaftsführern auf das heftigste bekämpft und mit kriminellen Methoden kaltgestellt. Manche Älteren von uns haben aus seinen WISO-Heften politischen Nutzen ziehen können. Er wurde aus dem DGB und der SPD ausgeschlossen und geriet in Vergessenheit.

Auf Seite 27 erinnern wir an einen ebenso vergessenen Gewerkschafter und Kommunisten, Karl Wastl. Karl, aus Dorfen stammend landete nach dem Ersten Weltkrieg in Bremen

und wurde in der dortigen KPD und Gewerkschaft einer der führenden Genossen.

Anschließend bringen wir eine Rezension über ein Buch von dem Deserteur der Nazi-Wehrmacht, Ludwig Baumann, dem im Nachkriegsdeutschland so übel mitgespielt worden war.

Zwei Beiträge über die Zustände in deutschen Gefängnissen schließen dieses Heft ab.



Bei allen, die ihr Abonnement bezahlt haben, bedanken wir uns. Viele haben auch mehr gezahlt. Dafür und für alle Spenden bedanken wir uns an dieser Stelle besonders. Wir hoffen auf weitere Unterstützung.

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg
e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org
www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13,- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20,- € aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.



1. Mai 1974 in Lissabon

sich ohne Blutvergießen, Terror und Folter zu verüben, demokratisch auf die Seite des eigenen Volkes stellen konnte, wenn neben dem Willen dazu auch die materiellen Voraussetzungen danach waren. Die einzigen vier Toten (neben über vierzig Verletzten), die die *Nelkenrevolution* unmittelbar forderte, waren vier Zivilisten in einer auf den Hauptstadt-Stützpunkt der Geheimpolizei PIDE/DSG (Elite-truppe der Gendarmen) zuströmenden Menschenmenge, auf die die auf dem Dach des Gebäudes und davor verschanzten Elitengendarmen das scharfe Feuer eröffneten. Schließlich konnten sich, die Militärerhebung in der kolonialen Metropole ausnutzend, weitere Länder der „Dritten Welt“ zunächst vom elenden kolonialen Joch befreien.

Statt Kolonial- nun Bürgerkriege

Auch wenn dies – teils wie in Angola überlagert vom Ost-West-Konflikt – nun in einzelnen unabhängig gewordenen Ländern wie Angola und Mozambique z. T. in langwierige Phasen blutigster Bürgerkriegs-Auseinandersetzungen und Stell-

vertreterkriege zwischen zuvor im Kolonialkrieg auf gegnerischer Seite agierenden Gruppierungen mündete. Als Beispiel erwähnt seien in Angola die an der Seite der marxistisch orientierten nationalen Freiheits- und Unabhängigkeitsbewegung MPLA (unter *Agostinho Neto*) kämpfenden, ungefähr 40.000 regulären kubanischen Soldaten (was noch einer gewissen historischen Logik folgte) und tätigen militärischen Berater der Sowjetarmee und des Warschauer Paktes samt Kriegsgerät aus Kuba und der SU, und die von den USA/CIA u. a. Ländern (VR China, Südafrika) weiter unterstützten Contra-Rebellenbewegungen UNITA (unter *Jonas Savimbi*) und FNLA (geführt von *Holden Roberto*), in denen sich auch geschürte ethnische Rivalitäten ausdrückten und die sich ihren Teil vom Kuchen sichern wollten. (Im Regionalkonflikt in Mozambique, wo am Sambesi der gewaltige Cabora Bassa Staudamm errichtet wurde, kämpften analog die marxistische FRELIMO und die RENAMO als Contragruppe gegeneinander.) Dies kostete Hunderttausenden, (in Angola endete der Bürgerkrieg erst 2002, in Mozambique 10 Jahre zuvor), über die Jahrzehnte vielleicht sogar Millionen

Menschen, Soldaten, Kindersoldaten und vor allem Betroffenen aus der Zivilbevölkerung, das Leben. Mehr als zwei Millionen Zivilisten waren allein aus den angolanischen Kampfgebieten auf der Flucht. Und noch immer sterben, oder werden grausam verstümmelt, nach den bislang allein in Angola geschätzten 100.000, in diesen beiden Ländern wöchentlich Menschen durch Explosionen unentdeckter versteckter Antipersonen-Minen, die sowohl aus Arsenalen der NATO als auch des Warschauer Paktes und von anderen Waffenlieferanten stammten und zu Hunderttausenden im freien Gelände, auf Äckern, entlang von Wegen und Strassen und besonders um Strommasten verlegt wurden. Die dort lebenden Menschen können aus berechtigter Angst ihre Äcker nicht bestellen und Existenz sichernde Ernten einbringen. Da mutet einen das mühsame Aufspüren von Minen im Kleinen mithilfe trainierter Ratten in örtlichen UN-Programmen angesichts der Möglichkeiten, die modern ausgerüstete Armeen mit ihren gepanzerten Minenräumgeräten hätten, geradezu als beschämend und grotesk an. Noch immer sind, wie das Beispiel Angola aktuell zeigt, die Folgen der Bürgerkriege nicht über-

wunden, besteht in Angola z. T. große Armut unter der Bevölkerung, trägt der Ölreichtum des Landes (Angola ist nach Nigeria inzwischen zweitwichtigstes afrikanische Förder- und Exportland) bislang nur schleppend zur Sanierung der zerstörten Infrastruktur bei.

Bestimmende Faktoren in Bevölkerung und Wirtschaft

Portugal war am Ende jahrzehntelanger politischer Unterdrückung Anfang 1974 auch eine in mehrfacher Hinsicht polarisierte bis gesplante Gesellschaft und rückständige Nation, woraus z. T. die harten Konflikte hervorgingen und sich nährten, die dann kulminierte im politischen Machtkampf zum Ausdruck und Austrag kamen. Man könnte den Zustand vielleicht am ehesten mit dem eines Vulkans vergleichen, aus dessen Schlot nun der blockierende Pfropfen entfernt wurde und die angestauten, inneren Triebkräfte eruptiv entströmten. Dem bis auf wenige größere „urbane“ Zentren mit Industrie und Gewerbe (Braga, Porto, Aveiro, Coimbra) ökonomisch und industriell schwach infrastrukturierten Norden, stand vergleichsweise ein wirtschaftlich und industriell entwickelterer Süden und fruchtbarer grüner Küstenstreifen mit reich bewässerten Flußtätern wie dem des Tejo gegenüber. Dazu gehört der „rote Gürtel“ um die Hauptstadt und die nahebei südlich gelegene Stadt Setúbal, wo sich auch ein politisch bewußteres Proletariat (Metall-, Textilbetriebe, Werften, Transportgewerbe, Holz/Zellstoff- und petrochemische Industrie, damals gerade im Aufbau) wenn auch von kleiner Zahl herausgebildet hatte (bei etwas über 3 Mio. Erwerbstätigen), auch wenn seine politischen Ausdrucksmöglichkeiten in Gewerkschaften und Parteien vor dem 25. April durch deren Verbot bzw. Alibiexistenz sehr begrenzt waren. Viele Aktionen wie Betriebs-, Haus- und Landbesetzungen, Demonstrationen und Kundgebungen im Verlauf des „heißen Sommers“ 1975 waren von einem mehrheitlich parteikommunistisch organisierten Teil der Bevöl-

kerung und ArbeiterInnenschaft und kleineren linksradikalen Gruppen getragen und bestimmt. In vielen Industriebetrieben kam es zur Bildung von Arbeiterkommissionen, Kontrollräten und zu Besetzungen, besonders nachdem das Enteignungs- und Verstaatlichungsprogramm der MFA



als Reaktion auf den Putschversuch *Spinolas* vom März 1975 gestartet und vorangetrieben wurde. Neben den wenigen den Wirtschaftssektor beherrschenden Konzernen (größte Monopolgruppe CUF) mit Tausenden von Beschäftigten und großen Banken im Besitz weniger Familienclassen (u. a. *Espírito Santo, Champalimaud*), hatten viele kleine bis mittlere Betriebe und Unternehmen selten mehr als zwischen 50 bis 100 oder gar mehrere hundert Beschäftigte. In der Ära *Salazar* und *Caetano*, der sozial und politisch gewisse Lockerungen zuließ (*Estado Social, etwa Sozialstaat, Wohlfahrtsstaat*), gab es zur Interessenvertretung der Werktätigen nur ein zugelassenes System der korporativen Organisierung mittels verschiedener berufsständischer Syndikate, die begrenzt auf die einzelnen Betriebe entsolidarisierend und entpolitisierend wirkten. Hier stand die kleine portugiesische Arbeiterbewegung vor einem gewerkschaftlichen Neubeginn, dem die vom MFA geförderte Idee der Schaffung einer Einheitsgewerkschaft entgegen kam. Die 1970 gegründete illegale *INTER-SINDICAL/CGTP (Confederação Geral*

dos Trabalhadores Portugueses), in der der Einfluss kommunistischer und klassenbewußter Werktätiger traditionell stark war, bot sich an, nun die allgemeine einheitliche Gewerkschaft zu werden, was nach anfänglicher PSP-Zustimmung dann jedoch unter dem Einfluss der ausländischen Sozialdemokratie (SPD u. a.) von dieser wieder revidiert wurde. Man befürchtete eine Dominanz durch die PCP. Nach *Steiniger* (a.a.O.) umfasste die CGTP 1977 1,7 Mio. Mitglieder (heute deutlich unter 1 Mio.). Sie unterstützte das Verstaatlichungsprogramm der Regierung. Der PSP und den Sozialdemokraten (PSD) nahestehende Vertreter gründeten 1978 einheitspaltend die UGT (*União Geral de Trabalhadores*), den konkurrierenden Zentralverband zahlreicher kleiner Richtungs- und Betriebsgewerkschaften (heute etwa 450.000 Mitglieder).

In den wirtschaftlichen Dürrezeiten der 60er Jahre waren viele junge Portugiesen (geschätzt mehr als 1,5 Mio. bei einer Gesamtbevölkerung von etwas mehr als 9 Mio.) mangels Beschäftigung in Städten und ländlichen Regionen und um dem Militärdienst im Kolonialkrieg zu entgehen, in Richtung europäischer Norden u. a. nach Frankreich, den Beneluxländern und Deutschland als Arbeitsemigranten weggegangen und unterstützten von dort aus ihre Angehörigen und Familien durch finanzielle Zuwendungen. Neben dem sich ausweitenden Tourismus war dies eine wichtige Devisenquelle. Mitte der 70er Jahre, nach der Aufgabe der Kolonien, als sich dort Bürgerkriege ausweiteten, strömten außer den heimkehrenden Soldaten wiederum viele Hunderttausende Portugiesen (*retornados*) aus den Überseegebieten zurück ins Land, meist ohne viel Hab und Gut mitzubringen, die es zu integrieren galt. Der öffentliche Sektor des Staates blühte sich dadurch merklich auf, die Arbeitslosigkeit im Land stieg weiter spürbar an. Aufgrund der Bürgerkriege in den ehem. Kolonien ließ der Absatz von Handelsgütern in diese Gebiete stark nach. Wirtschaftlich war Portugal lange Zeit fast ausschließlich auf den Austausch mit den Kolonien ausgerichtet. Für vermehrte Investitionen aus dem Ausland erwies sich der industrialisierte Standard Portugals lange Zeit als zu

niedrig. Seit 1973 stand Portugals Wirtschaft, die einen Großteil ihrer Energiegewinnung aus Erdöl bezog, zudem unter der unmittelbaren Auswirkung der weltweiten Ölkrise, die Verbrauchspreise zogen deutlich an. Die günstigen Erdöllieferungen aus Angola fielen ebenfalls weg. Etwaige Kohlevorkommen im Land waren seit jeher nur marginal. Aus den Stauwerken und Wasserspeichern des regenreichen Nordens wurde nur ein kleinerer Teil des Elektrizitätsbedarfs gewonnen. Als weitere bedeutende Rohstoffe/Bodenschätze sind neben Marmor eine Reihe metallischer Erze (Kupfer-Bergbau im Südteil des Landes) und besonders Wolfram (Abbau im Norden) und Uran zu nennen, das sogar bereits beim Bau der ersten us-Atombomben Verwendung fand (dessen Förderung inzwischen als unrentabel eingestellt wurde).

Mensch und Revolution

Naturgemäß hatten Unternehmer und Großgrundbesitzer kein gesteigertes Interesse daran, sich konstruktiv an einem revolutionären Prozess zu beteiligen, der sie potentiell als Enteignete und Entmachtete hinter sich lassen würde. Enteignungen und Sozialisierungen mit der praktischen Folge von Besetzungen von Fabriken, Unternehmen und Landgütern konnten von den Beschäftigten trotz gesetzlicher Berechtigung gegen den Widerstand der Eigner, die sich auf dem Land oft rechter Schlägertrupps bedienten, häufig nur unter Begleitschutz von MFA-befehligen Militäreinheiten durchgeführt und abgesichert werden. Nicht immer war dabei klar, auf wessen Befehl und Anordnung gehandelt wurde. Gerüchte „willkürlich“ auf eigene Faust handelnder und eingreifender Truppenteile machten die Runde. Als berüchtigt in dem Zusammenhang galt das „anarchistisch“ (Klaus Steiniger) titulierte Auftreten und Vorgehen der Militärpolizei, die nach den Novemberereignissen 1975 aufgelöst wurde. Gleichwohl drang auch in einen kleineren Teil der Mannschaften der Streitkräfte der Bazillus der Basismobilisierung ein, ließ sie Soldatenräte bilden und brachte militärische Disziplin und Hierarchie teilweise ins Wanken. Das Problem an der Basis der neuen Leitung und

Gestaltung der Produktion in den Arbeitsstätten war mit Übernahme durch die Belegschaften natürlich noch lange nicht gelöst, sondern erst geschaffen. Eher war die entstandene Situation die, dass es dadurch zu Produktionseinbrüchen und Arbeitsstillständen kam. Betriebsversammlungen wurden zu wichtigen Foren, Pläne zu diskutieren und Entscheidungen zu treffen. Präsident General Costa Gomes sah sich zum öffentlichen Appell veranlasst *„Wir reden zuviel und wir arbeiten zuwenig. Die wirtschaftliche Krise verlangt mehr Arbeit und weniger Worte.“* (Der Spiegel, 29/75 vom 14. 7. 1975). Von einem wie auch immer bestehenden oder zu erarbeitenden Plan zu einheitlichem Vorgehen konnte keine Rede sein. Die Zustände waren teil- und zeitweise völlig unübersichtlich und chaotisch. Koordination zwischen unten und oben – oben und unten war gefragt. Dies versetzte natürlich nicht wenige Menschen in Angst und Unsicherheit. Da, wo die Menschen noch weniger „massenmobilisiert“ und politisch bewusst waren, also besonders in kleinstädtischen Gegenden und Regionen des bäuerlichen Hinterlandes mit hohen Analphabetenraten (teilweise an die 70 Prozent), machte die innerlich mobilisierte *„Furcht vor der Freiheit“* (Erich Fromm), selbstbestimmt und selbstverantwortlich zu handeln, viele zugänglich für äußere Rufe nach strenger gesetzlicher Autorität und staatlicher Ordnung. Auch dies ein nicht zu unterschätzender Nährboden für von rechts agierende und agitierende Kräfte, die mangelndes law and order ausschließlich dem Wirken und den Umtrieben kommunistischer Gruppen und revolutionärer Tendenzen anhängten. Für die portugiesischen Frauen, die im salazaristischen *Estado Novo* nahezu noch wie im Mittelalter lebten, bedeutete die emanzipative Komponente des gesellschaftlichen Aufbruchs in den großen Städten wie auch z. T. in ländlichen Regionen/Kleinstädten einen wichtigen Schritt zu mehr Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Eigenständigkeit. Man mag es kaum glauben, aber die Frauen aus vielen armen Familien wuschen ihre Wäsche noch im Freien entlang den Flussufern. Frauen betätigten sich auch in vielen Basisinitiativen wie Betriebs-, Häuser- und Nachbarschafts-komitees aktiv an wichtiger Stelle.

Kernstück Agrarreform

Die kleinbäuerliche Landbevölkerung mit ihrem wenigen eigenen Besitz, um den sie noch ängstlich bangte und das Kleinbürgertum vor allem im gebirgigeren Norden und Nordosten Portugals, waren in der politischen Einstellung mehrheitlich stark konservativ gesonnen und getreu den Werten *Gott, Vaterland, Familie* vom Gehorsam gegenüber den Gutsbesitzern, Kleinunternehmern und dem katholischen Klerus geprägt, skeptisch und zurückhaltend gegenüber jeder sozialen Neuerung und Veränderung gewohnter autoritär-paternaler Realität. Ein potentieller Nährboden, wie sich bald zeigte, für die antirevolutionäre Hetze und Propaganda der politischen Rechten versus Kommunismus. Den meist flächenmäßig kleinen familienbetriebenen *„Minifundien“* des Nordens standen in der fruchtbaren Landesmitte und im südlicheren Portugal (Ribatejo und Alentejo) sog. *„Latifundien“*, größere landwirtschaftliche Betriebe von Grundbesitzern, gegenüber mit festen Belegschaften und SaisonarbeiterInnen. Weinbau (oft in familiär geführten Betrieben), Olivenplantagen, Ackerbau (Gemüse, Obst, Südfrüchte), Viehwirtschaft, Korkproduktion, Salzgewinnung (Algarve), Fischereiwirtschaft waren damals wichtige Zweige des primären Sektors, in dem mehr als 30 Prozent aller Beschäftigten arbeiteten.

Ein wichtiges Ziel und Element des MFA-Konzepts war die Agrarreform (*„Das Land dem, der es bebaut!“*). Erste Land- und Gutsbesetzungen 1974 wurden per Agrarreformgesetz (Juli 1975) nachträglich legalisiert und später noch mal juristisch konkretisiert. Es wurde eine sog. *Agrarreformzone* (ZIGA) geschaffen, die neben einem Teil des Lissaboner Distrikts die Distrikte Portalegre, Evora, Setubal und Beira (v. Nord n. Süd) umfasste, zus. etwa ein knappes Drittel der Fläche Portugals mit ca. eine Million Hektar Nutzfläche. Alle nördlichen Distrikte und Faro/Algarve ganz im Süden blieben davon ausgespart, obwohl es auch dort vereinzelt zu vorübergehenden Besetzungen und Landnahmen kam. Ungenutzte Betriebe und Flächen über 700 ha wurden mit Ausnahme rein familiär betriebener Unternehmen unter staatliche Aufsicht gestellt, die Lenkungsfunction des Staates fest-

geschrieben. Die enteigneten Gebiete und darauf befindlichen Anwesen überführte man in sog. UCPs (*Unidade Colectiva da Producao; kollektive Produktionseinheit*) ähnlich den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) in sozialistischen Ländern. Von Anfang an war diese Boden- und Strukturreform politisch umstritten, wurde vom rechten Lager in ihrer Berechtigung angegriffen. Mit den politischen Kräfteverschiebungen bis Ende 1975 zunehmend nach rechts, gerieten die UCPs offen in die Schusslinie einer Gegenbewegung. Unter dem PS-Landwirtschaftsminister der 1976 erstmals vom Volk neu gewählten Regierung, Antonio Barreto, wurde bereits versucht, durch Umformulierungen von Gesetzen (*Lei Barreto*, August '77) die Ansprüche der Grundbesitzer und ihrer Verwandten auf eine Erweiterung des ihnen zustehenden „Restlandes“ der Kooperativenflächen (*reservas*) vermehrt umzusetzen und ihre Positionen gegenüber den Pächtern zu stärken. Unter nachfolgenden Ministern setzte sich dieser Klientelismus fort und durch, ab 1977 kam es bereits wieder zu vermehrten Land- und Gutsrückgaben, diesmal unter dem Schutz der rechtslastigen Gendarmerie. Die Armee griff dagegen nicht mehr ein. Gleichzeitig wurde das Gebiet der Kooperativen eingeschränkt, die Mittelvergabe nun an bestimmte Bedingungen gebunden. Die politische Auseinandersetzung darum brachte mehrere der ersten gewählten Regierungen während der Jahre 1976-80 in erhebliche Schwierigkeiten bis hin zu deren vorzeitigem Ende. Anfang der 80er Jahre ebten die Konflikte allmählich ab. Von 1975 gegründeten etwa 600 UCPs waren 1988 immerhin noch 241 übrig, nur noch 8 waren es 1993. Im Rahmen der zweiten Verfassungsrevision von 1989 wurde die fortschrittlichste Agrarverfassung Europas von ehemals, weil nicht mehr der Verfassungswirklichkeit entsprechend, ganz gestrichen. Obwohl die Kooperativen – freilich staatlich subventioniert – dafür sorgten, dass viele Dauer- und Saisonarbeitsplätze geschaffen wurden, Anbauflächen ausgedehnt und besser genutzt und der Grad der Mechanisierung erhöht wurde, waren die UCPs der Dauerkritik ihrer „Unwirtschaftlichkeit“ und ihres Sonderstatus' ausgesetzt. In den Augen der Agrobusiness-Vertreter

verzerrte der „staatliche Dirigismus“ durch zentrale Preisfestsetzung und Mittelvergabe im Inland den marktwirtschaftlichen Wettbewerb, war unter dem Gesichtspunkt industrieller Landwirtschaft ineffektiv, was



besonders angesichts der laufenden Verhandlungen über einen EG-Beitritt Portugals entsprechend negativ ins Gewicht fiel und störte. Die portugiesische Landwirtschaft blieb jedoch – seither wieder kapitalistisch geplant und organisiert – stets hinter solchen Anforderungen zurück und stellt, immer kleiner und unbedeutender werdend, bis heute unter verschärften EU- und Weltmarktbedingungen einen dauernden Problemsektor dar. Ihr aktueller Anteil am BIP beträgt noch fünf Prozent. (Angaben und Daten überw. zit. und zusammengest. nach F. Bornhorst: „Die Wirtschaft Portugals im Überblick...“, in: Briesemeister/Schönberger, a.a.O., S. 36ff.)

Arbeiter- und Soldatenräte

Am 19./20. April 1975 fand in Lissabon ein 1. Nationaler Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte statt. Die portugiesische Wochenzeitung *Expresso* befragte teilnehmende Arbeiter von TAP (Fluggesellschaft), Lisnave, Setenave (Werften) und Standard Electric und Soldaten aus der Zone von Lissabon über Absicht und Ziel der Versammlung. Aus den Stellungnahmen der Arbeiter: „Die Revolutionsräte sind Organe der Klasse, gewählt von der Klasse. (...) Politisch gesehen befinden wir uns augenblicklich in einer Sackgasse. Es wurde der sozialistische Weg gewählt, aber wir treten dabei auf der Stelle. (...) Die Räte sind in dieser Situation eine Antwort der Klasse, die die Notwendigkeit sieht, sich selbständig zu organisieren. (...) Wenn die Arbeiterklasse nicht die Initiative ergreift, indem sie sich die Notwendigkeit einer offensiven Bekämpfung der Bourgeoisie in Richtung auf die Machtergreifung bewußt macht und sich entsprechend vorbereitet, dann werden die Rechte und die Putschisten die Unentschiedenheit und das Schwanken mit Sicherheit nutzen und zum Gegenschlag ausholen. (...) Wir wollen nicht die Führer der Revolution sein. Wir Arbeiter und Soldaten, die wir hier versammelt sind, sehen unsere Aufgabe darin, einen Beitrag zur Vorantreibung des Prozesses zu leisten. Wir sagten bereits, daß die Macht aufgespalten ist und deshalb glauben wir, daß es der richtige Augenblick ist, der Klasse ein revolutionäres Projekt vorzulegen.“ Und ein teilnehmender Soldat an gleicher Stelle: „Nach dem 25. April gab es auch in den Kasernen einen Mobilisierungsprozess, bei dem es zunächst um materielle Forderungen und Verbesserungen ging. (...) Im Vordergrund steht jetzt das

Problem der Macht. Die Revolutionsräte entstehen innerhalb der Kasernen als Ausdruck der Macht der Soldaten im Gegensatz zum Kommando der Einheiten. Parallel dazu entsteht auf der Ebene der Betriebe die Arbeitermacht im Gegensatz zur Macht der Betriebsverwaltungen etc. Wesentlich dabei ist jetzt für die Soldaten, dass sie die Forderung nach der Machtübernahme konkret stellen (...)“ (Zit. nach Portugal auf dem Weg zum Sozialismus?, a.a.O., S. 111ff.). Auch wenn sich das so ausnehmen mag, dürfen die hier vorgetragenen Positionen nicht überbewertet werden, die Räte-tendenzen spielten hauptsächlich bei den linkssozialistischen Gruppierungen

gen und Bündnissen wie der MES eine wichtige Rolle. Sie waren sowohl nur von relativ kurzfristiger als auch kräftemäßig geringerer Bedeutung und konnten sich daher nicht genügend ausweiten und festigen.

Weshalb kam es zur Niederlage des revolutionären Prozesses?

Es müssen mehrere Faktoren und Gründe für eine mögliche plausible Beantwortung dieser Frage in Betracht gezogen werden:

a. Vereinfacht und allgemein durchaus schon zutreffend gesagt, weil es der revolutionären Bewegung (PCP/MDP, radikale Linke, poder popular/Volksmacht) nicht gelungen war, unter gleichzeitig sehr schwierigen wirtschaftlichen wie gegenläufigen gesellschaftlichen Bedingungen und bei den bestehenden ideologischen Differenzen und Streitigkeiten, die Macht in ganzen Land zu erringen und eine revolutionäre (Arbeiter-) Regierung zu errichten, wie auch immer diese zu kennzeichnen gewesen wäre, ob als *Diktatur des Proletariats* mit einer mächtigen tragenden Partei im Kern oder in Form einer föderalen Räte-Demokratie mit zentraler Räteversammlung als „Parlament“, was für Portugal aktuell vermutlich naheliegender gewesen wäre.

b. Die Ziele der in der Minderheit gebliebenen Volksbewegung konnten/ließen sich am Ende gegen eine insgesamt politisch indifferente „*schweigende Mehrheit*“ nicht durchsetzen (Stadt-Land-Gegensatz; Nord-Süd-Gefälle i. polit. Bewußtsein), die sehr wohl bei den dann stattfindenden Wahlen ihre gemäßigt reformistisch bis bürgerlich-konservativ wie restaurativ handelnden „Fürsprecher“ und Vertreter hatte. Ein direktdemokratisches Räte-Modell war nicht das Konzept der PCP als stärkster organisierter Linkskraft, die im europäischen Kontext, durch jahrelange Diktaturphase inaktiviert, vom übrigen europäischen Prozess anderer kommunistischer Parteien (Eurokommunismus) relativ unbeeinflusst geblieben war und eher statisch weiter an parteibürokratischen Vorstellungen der „Moskauer Linie“ festhielt. Das machte, außer dem Zuspruch in den eigenen Reihen, diese Partei bei den

übrigen aktiven Massen nicht gerade beliebter und arbeitete dem Einfluss der „Sozialisten“ zu. Gleichwohl war der lange Jahre exilierte PC-Vorsitzende *Alvaro Cunhal* (1913–2005) ein durchaus im portugiesischen Volk angesehener Politiker und geschätzter Antifaschist. In Koalitionen mit gemäßigten politischen Parteien (PSP, PPD, MDP) während der provisorischen Regierungsphasen standen PC-Minister oftmals im Zwiespalt, „im Gesamtinteresse“ für unpopuläre Entscheidungen und Maßnahmen Stellung beziehen und stimmen zu müssen. Der Vorwurf des „*reformistischen Taktierens und Abwiegelns*“ wurde von links gegen die PCP erhoben. Bei den Unruhen im November 1975 verhielt sich die PC zurückhaltend, griff nicht verschärfend ins Geschehen ein. Mehrere Armeegeneräle und Admirale (wie *Rosa Coutinho* von der Marine), die im politischen Geschehen zeitweise eine Rolle spielten, sympathisierten teils offen mit der kommunistischen Partei. Der zeitweilig starke Einfluss der PCP und weit schwächer politischer Gruppierungen links davon, nahm jedoch nach vorübergehenden Hochphasen wieder ab. Aktionseinheiten zwischen diesen fanden nennenswert kaum statt. Dennoch hielt sich aufs Gesamte betrachtet die PCP, weil traditionell straff organisiert, von allen linken Gruppierungen noch am stabilsten in den politischen Auseinandersetzungen der unmittelbaren Folgejahre.

c. Der schnell wachsende Einfluss auf den Plan getretener sozial gemäßigter und rechter Parteien wie der PSP, PPD/PSD, CDS u. a. war eindeutig – und vom europäischen Ausland erwartet, favorisiert und unterstützt – auf die Bildung einer durch reguläre freie Wahlen zustande kommenden, parlamentarisch-präsidialen Demokratie bürgerlichen Zuschnitts ausgerichtet unter Bewahrung/Reinstallation kapitalistischer Besitz- und Verfügungsverhältnisse. Die PS war eine Partei mit weit auseinander liegenden Flügeln von rechts bis links, in dem sich zentriert keine bestimmende Kraft ausbilden konnte, die mit Herzblut und Verstand die Nelkenrevolution unterstützt und mitgetragen hätte, was vielleicht in entscheidender Phase das Zünglein an der Waage gewesen wäre. Im Gegenteil arbeitete man in

der PS und in Koalitionen mit bürgerlichen und rechten Parteien überwiegend gegen sie. Von der PS hatten sich um die zehn Prozent ihrer Mitglieder abgespalten, die zusätzlich mit links-sozialistischen Kräften die neue FSP (*Frente Socialista Popular*; Manuel Serra, 1978 aufgelöst) bildeten. Bei Wahlen gelangte diese trotz gelegentlich hoher städtischer Ergebnisse national nicht über wenig mehr als ein Prozent Stimmenteil hinaus. (Auf Einflüsse von NATO und internationalem Ausland wurde an anderer Stelle bereits hingewiesen.) Hinsichtlich des erwähnten Konflikts um die Zeitung *Republica* bemerkte der sozialistische Revolutionär und marxistische Theoretiker Ernest Mandel (1923 - 1995) in Gesprächen zwischen 1976 und '78: „*Es ist unverantwortlich – ja kriminell – wenn Revolutionäre das Konzept der ‚Diktatur des Proletariats‘ oder der ‚Volksmacht‘ in einen Gegensatz zu den demokratischen Freiheiten stellen. (...) Das anschaulichste Beispiel ist das der Pressefreiheit. Hier ist die portugiesische Revolution außer Kurs geraten und gab es eine große Verwirrung, die von der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie zu ihren Gunsten ausgenutzt werden konnte. Welche Lehren können wir aus solchen Initiativen wie denen der Arbeiter und Angestellten von Republica (...) ziehen? Gewiß nicht die, daß wir in einer Räte-demokratie irgendeiner Partei das Recht auf Herausgabe eigener Zeitungen verweigern wollen. (...) Es geht vielmehr darum, die Pressefreiheit auf Druckereiarbeiter, Mitarbeiter von RDF- und Fernsehsendern wie auch auf Arbeiterkommissionen und Gruppen in allen Betrieben zu erweitern. (...) Mit anderen Worten, es ist unser Ziel, das Monopol des Privateigentums zu brechen oder auch das Monopol von Privateigentum plus Parteien, aber nicht dadurch, dass wir jemanden des Rechts auf Meinungsfreiheit berauben, sondern indem wir es auf andere ausdehnen.*“ (E. Mandel: *Revolutionärer Marxismus heute*, Frankfurt/M. 1982, S.29)

d. Auf die propagierte Einheit MFA – POVO (Volk) war nur bedingt Verlass insoweit als die MFA stark und entschlossen war, die revolutionäre (Volks-)Bewegung zu unterstützen (sie zumindest laufen zu lassen). Sie erwies sich aber als „Zerfallsprodukt“, je mehr in ihren Reihen gemäßigt-linksliberale und rechtsorientierte Tendenzen die Oberhand gewannen. Der sich als Motor und

Stütze der Revolution verstehende Teil der MFA geriet unter der Einwirkung sich verschiebender politischer Kräfteverhältnisse und bestimmter einschneidender, negativ zu Buche schlagender Ereignisse (siehe vor allem der isoliert versuchte und gebliebene militärische Putsch von links im November 1975) zunehmend unter Druck und verlor an Terrain. Zeitweilig schien die zugespitzte Lage Ende 1975 einen Bürgerkrieg zu initiieren. Für einige Tage wurde über die Hauptstadtregion sogar der Ausnahmezustand verhängt. Bei der Beendigung des linken Putsches isolierter Militäreinheiten hatte sich das COPCON neutral herausgehalten. Dies ermöglichte es dem rechten politischen Lager, in den Streitkräften verloren gegangenen Einfluss zurückzuerlangen und Personalentscheidungen in seinem Sinn durch Ablösungen und Kommandoentzug unter linken Offizieren zu erwirken. Eine sich ausweitende Räte-Macht mit Einfluss, die dem hätte begegnen können, hat es mit wenigen Ausnahmen unter den Mannschaften der portugiesischen Armee noch nicht gegeben. Mit am weitesten räteorganisiert und -demokratisiert erwiesen sich die „Commandos“ des COPCON, wie das leichte Artillerieregiment RAL 1, die auch schon bei der gewaltsamen Beendigung des von langer Hand vorbereiteten Spínola-Umsturzversuchs vom März 1975 eine Rolle spielten. Die alternative Errichtung einer dauerhaften „progressiven“ Militärregierung (ähnlich dem peruanischen Vorbild zwischen 1968 und 1975) als politischem Regime durch die MFA wäre kontraproduktiv zu den eigenen erklärten und gesetzten politischen Zielen gewesen,

schied also als Option nicht nur aus historischen Gründen aus. Wenn es unter weit links stehenden Teilen der MFA solche Pläne und Absichten gegeben haben mag, für die als maßgeblicher Kopf immer wieder der COPCON-Kommandant S. de Carvalho angeführt wird, wären sie damals vermutlich auf breiteren Widerstand

Splittergruppe (*Volkskräfte* 25. April) in die rechtsstaatliche Mühle eines Anklageverfahrens wegen Bildung einer kriminellen/terroristischen Vereinigung, wurde inhaftiert, kam aber aufgrund unsicherer Beweislage wieder frei. Selbst Soares sprach sich für seine Amnestierung aus. Der bezeichnende Vorgang fand seinen Niederschlag in Carvalhos auf deutsch vorliegenden Schrift *Anklage und Verteidigung: der Prozess gegen die Nelkenrevolution* (Ffm., 1989).

e. Die Schritte und Maßnahmen der vor allem (groß-)städtischen und im geringeren Ausmaß ländlichen Basisbewegungen der *poder popular* (Volksmacht) hatten zus. mit ihren vielgestaltigen Gliederungen von Ausschüssen, Komitees, Kommissionen und Selbstverwaltungen strukturelle Realitäten mit begrenzter Reichweite geschaffen. Diese ließen sich im Frühjahr/Sommer 1975 in der relativ kurzen Phase einer Art Doppelherrschaft, in der das Militär praktisch das bestimmende Exekutivorgan der Politik war, ohne sie tragende maßgebliche politische Kräfte wenn, dann nur sehr bedingt direkt in politische Regierungsmacht umsetzen bzw. in institutionalisierte und

bindende gesetzliche Regelwerke überführen. Die PC vermochte diese Rolle nur dort auszufüllen, wo ihre Kräfte selbst die *Volksmacht* stellten oder kontrollierten. Die *poder popular* blieb strategisch als die große Verliererin ökonomisch wie gesellschaftlich letztlich isoliert, lief politisch ins Leere, auch wenn sich ihre Strukturen z. T. noch über Jahre in einzelnen Wirtschaftssektoren und vor allem in den mitte-südlichen Regionen der Agrarzone in einer Reihe von sozialisierten Kooperativen halten konnten.



auch im Volk selbst gestoßen. Carvalho und Getreue waren als gebildete und humanistisch eingestellte linke Militärs besonnen genug, das nicht aufs Spiel zu setzen. Es mutet wie romantische Folklore an, wenn Carvalho heute berichtet, er werde noch immer von Menschen auf der Strasse angesprochen, die ihn bäten, „ach Carvalho, bereite uns doch noch mal einen neuen 25. April...“ 1977 veröffentlichte er seine Sicht auf die Dinge in dem Buch *Alvarado em abril* und geriet später aufgrund seiner vermeintlichen Zugehörigkeit zu einer extremen linken

Die „Normalisierung“

Am Ende von jeweils nur kurzfristigen, instabilen und unter großem Druck handelnden „Provisorischen Regierungen“ auf meist schmaler ministerieller Konsensbasis (Ministerämter waren schlecht bezahlte, wenig beliebte Schleuderposten), ergaben sich bei den Wahlen zur Versammlung der Republik im April 1976 35 % für die PS als größter Fraktion und „nur“ 14,5 % für die PCP. Der Weg öffnete sich damit in die unruhige Phase von sich zunächst ebenfalls immer wieder vorzeitig auflösenden „Konstitutionellen Regierungen“, vorerst noch wesentlich bestimmt und mit gestaltet von der PS in verschiedenen Koalitionen zusammen mit der sozialdemokratischen und Mitte-Rechts-Parteien. Die nun legitimierte politische Ausdifferenzierung von Macht und Vorherrschaft setzte sich in verkürzten Regierungsepisoden weiter fort. Der offene revolutionäre Prozess ging in die Zeit weiterer unvermeidlicher Klassenauseinandersetzungen über,

allerdings jetzt auf dem rechtsstaatlichen Boden einer parlamentarischen Demokratie nach westeuropäischen Verfassungsvorbildern, besonders dem des Grundgesetzes der BRD, mit den bekannt systembegrenzten politischen Spielräumen. Der PC fiel auf Jahre hinaus die Rolle der mit Abstand stärksten linken Oppositionspartei zu (mit der Gefahr, im reformistischen Sumpf zu landen), während die radikale Linke nur noch eine marginale Funktion einnahm. In den ehem. Kolonien transformierten sich nach den Bürgerkriegsenden die Befreiungsbewegungen zumeist in politische Parteien mit Beteiligungen an Präsidential- und Parlamentswahlen. Unter dem Eindruck und den Folgen der weltweiten Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008 geriet der portugiesische Staat in eine noch weit tiefere Verschuldungskrise. Die Arbeitslosigkeit stieg von 2008 noch 7,6 auf 17,7 Prozent im 1. Quartal 2013 (zitiert nach wikipedia). 2011 entschied man sich zur Inanspruchnahme von EU-Hilfen in zweistelliger Milliardenhöhe.

Die portugiesische Nelkenrevolution ist und bleibt alles in allem betrachtet ein zeitgeschichtliches Factual und Lehrstück, wie unter jeweils bestimmten (teilindustrialisierten) Bedingungen politische und soziale Revolutionen entstehen, verlaufen, aber auch scheitern können. Sie wurde damit Teil unserer großen revolutionären Erzählungen.

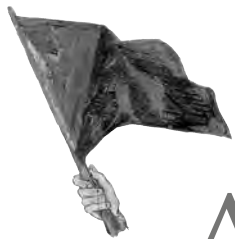
Verwendete Literatur:

Als wichtige Leit- und Informationsquellen dienten d. Verf. neben eigenen Erfahrungen und Kenntnissen aus der damaligen Mitarbeit in einem Portugalkomitee einige der im Abschnitt über „Literatur“ angegebenen Veröffentlichungen, insbesondere die dort näher bezeichneten Schriften

Portugal - Auf dem Weg zum Sozialismus? (Mai 1975), Sonderdruck Arbeiterpolitik (Dez. 1975), Portugal heute (1997), Portugal im April (1982/2011)

Des Weiteren in Betracht gezogen wurden Angaben und Informationen aus Artikeln der Zeitschriften Arbeiterpolitik (ARPO), Nrn. 5/75, 2/76, 3/80, 5/80 und Arbeiterstimme (ARSTI), Nrn. 2/3-75, 4/75, 5/75

E.K., Bremen



Unsere Jahreskonferenz 2014

Am Wochenende vom 25. auf den 26. Oktober fand unsere Jahreskonferenz, wie schon seit langer Zeit, in Nürnberg statt.

Der Teilnehmerkreis war ähnlich wie in den Vorjahren. Einige unserer Mitglieder und aus dem engeren Umfeld der Gruppe konnten aus persönlichen Gründen nicht an der Tagung teilnehmen.

Wir konnten wieder eine Genossin und Genossen der Gruppe Arbeiterpolitik bei der Konferenz begrüßen, ebenso einen Genossen der Gruppe International Dorfen, einen Genossen von der DKP und, wie seit vielen Jahren, unsere befreundeten Genossen aus Österreich und aus Großbritannien.

Wir hatten vor einigen Jahren festgelegt, dass der Gruppenbericht nur alle zwei Jahre gehalten werden soll, wenn sich nichts wesentliches

an der allgemeinen Lage ändern sollte.

Der Bericht zur Lage der Gruppe war deshalb heuer wieder ausführlich. Er befasste sich mit der personellen und finanziellen Situation, die kritisch ist, aber das Weiterbestehen der Gruppe und die Herausgabe der Zeitung, unsere Hauptaufgabe, in den nächsten Jahren noch nicht gefährdet.

An die ausführliche Diskussion vom letzten Jahr anschließend, wurden verschiedene Möglichkeiten und Alternativen zur Verbesserung diskutiert. So wurde etwa überlegt, ob die Druckkosten gesenkt werden könnten; es wurde angeregt, mehr und kürzere Artikel zu veröffentlichen, die (im Vorjahr schon angeregte) Themenplanung für die nächsten Jahre anzugehen oder den Redaktionsschluss abzuschaffen.

Die meisten Vorschläge wurden wegen verschiedener praktischer Gründe oder Nachteile verworfen.

Auch wurde darauf verwiesen, dass manche linke Publikationen inzwischen nur noch im Internet veröffentlicht würden – eine Notlösung, die wir so lange wie möglich vermeiden wollen, da dann der Kontakt und Austausch mit unseren Lesern wegfallen würde. Einen Kontakt nur noch über das Internet sehen wir als politisch falsch an!

Das Referat zur Lage der Gruppe wird in dieser Nummer abgedruckt.

Die Zusammenarbeit mit der Gruppe International Dorfen ist weiterhin gut. Die Kontakte mit der Gruppe Arbeiterpolitik wurden vertieft.

Der nächste Punkt, mit dem wir uns beschäftigten, war die Betrachtung der innenpolitischen Lage nach den drei Landtagswahlen im Osten Deutschlands. Leider war der Verfasser des Referats „Viel Frust und wenig Lust, zu wählen“ verhindert.

Die anschließende Diskussion, auch über den Charakter der AfD,

verlief wenig kontrovers. Auch dieses Referat wird in der aktuellen Nummer veröffentlicht.

Kontrovers verlief allerdings die Diskussion darüber, wem wir heuer das Resultat unserer jährlich auf der Konferenz stattfindenden Solidaritätssammlung zukommen lassen wollten.

Es standen sich gegenüber der Vorschlag, die Kämpfenden in Rojava mit Waffen zu unterstützen, die fortschrittlichsten Kräfte in der ganzen Region, und andererseits, das Geld einem Projekt in Kuba zukommen zu lassen; ein Land, das darum kämpft, die Reste seines Sozialismus zu retten.

Die Entscheidung wurde auf später vertagt.

Das dritte Thema an diesem Samstag war „Islamischer Fundamentalismus, Islamischer Staat und der Westen“. Grundlage für die Diskussion waren einerseits der bereits als Artikelentwurf für die *Arbeiterpolitik* vorliegende Text, der den Mitgliedern im Vorfeld zugegangen war, sowie andererseits mündlich vom Verfasser vorgetragene Thesen.

Die Diskussion befasste sich mit der Frage, warum gerade in Syrien die Auseinandersetzung in der Folge des sog. Arabischen Frühlings sich derart gewaltsam zugespitzt habe. Es

wurde darauf hingewiesen, dass die Demonstranten zu Beginn nicht gewalttätig waren, dass es anfangs keine Überläufer gegeben habe sowie, dass der IS keine originär syrischen Wurzeln habe. Die Frontstellung Saudi-Arabiens gegen Syrien als Verbündeter des Iran wurde angesprochen, ebenso die Tatsache, dass die Türkei die Gegebenheiten in Nahost im Sinne neo-osmanischer Bestrebungen in Frage stellt. Es wurde erwähnt, dass bei den jüngst in der Türkei stattgefundenen Demonstrationen die türkischen Faschisten und die (türkische) Hisbullah der 90er Jahre gemeinsam gegen die Kurden vorgegangen seien. 800 tote Kurden waren die Folge.

Nun nahmen wir die Diskussion über die Frage wieder auf, wer der Empfänger des Betrags unserer Solidaritätssammlung sein solle. Die Teilnehmer der Tagung einigten sich darauf, dass wir für ein von der *Arbeiterpolitik* betreutes Projekt in Griechenland sammeln wollten. Die Sammlung erbrachte den Rekordbetrag von 660 €.

Über die genaue Verwendung werden wir in unserer Zeitung informieren.

Am Sonntag Vormittag hörten wir von unserem Genossen aus

England, was dort z.Z. In der linken Diskussion eine Rolle spielt und auch, wie die Situation nach dem Unabhängigkeitsreferendum in Schottland sich darstellt. Der Bericht über „*Neues aus dem alten Vereinigten Königreich*“ erscheint als Artikel in dieser Nummer.

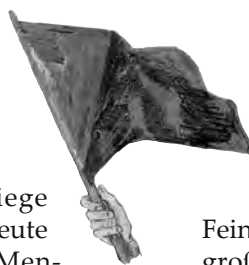
Der letzte Tagungsordnungspunkt war eine Diskussion über „*Die politische Situation in und um die Ukraine*“. Drei Artikel aus der *Arbeiterpolitik* zu diesem Themenbereich haben wir ja bereits in unserer Frühjahrsausgabe (Nr. 184/2014) veröffentlicht. Der Verfasser erklärte sich dankenswerterweise bereit, als Grundlage für die anschließende Diskussion die aktuelle Entwicklung seither kurz in Thesen zusammenzufassen.

Es hat sich seitdem nichts Grundsätzliches geändert. Für Interessierte verweisen wir daher auf diese schon erschienenen Artikel.

Die Tagung stärkte unseren Zusammenhalt. Die Diskussionen fanden in solidarischer und freundschaftlicher Form statt.

Die Konferenz setzte einen wesentlichen Akzent, dass wir die uns gestellten Aufgaben mit Hilfe und Unterstützung unserer Leser weiterhin erfüllen können.

Zur Lage der Gruppe



Wir hatten beschlossen, uns jedes zweite Jahr mit der Lage der Gruppe zu beschäftigen und darüber zu diskutieren. Im Zustand unserer Gruppe gibt es keine großen Veränderungen. Wir sind immer davon ausgegangen, dass die Entwicklung der revolutionären Linken – und damit auch unserer kleinen Gruppe – in engem Kontext steht mit dem politischen Geschehen in der Welt, mit tiefgreifenden Erschütterungen, an denen es wahrlich nicht fehlt und die sich gegenwärtig dramatisch zuspitzen drohen. Die Instabilität breitet sich immer mehr aus, nicht nur wegen des Scheiterns der arabischen Revolution und der chaotischen Verhältnisse in Afrika. Der Nahe Osten steht in Flammen, Staaten zerfallen.

Grausame Bürgerkriege um neue Macht und Beute zwingen Millionen Menschen zur Flucht und das *Christliche Abendland* reagiert wie immer, barbarisch und ratlos. Die Kriegspolitik des Imperialismus ist gescheitert, trotz der anfänglichen militärischen Erfolge in Afghanistan und im Irak, die Hunderttausenden Not und Tod brachten und nichts als Chaos und Perspektivlosigkeit hinterließen. Das US-Imperium und seine Komplizen sind noch mächtig genug, fürchterliche Schläge auszu-teilen, aber nicht mehr stark genug, auf Dauer ihre *Weltordnung* überall zu etablieren, anderen Völkern stabile Verhältnisse zu ermöglichen. Das würde auch ihrem kapitalistischen Ausbeutungscharakter wider-

sprechen, wo jeder des anderen Feind und Konkurrent ist. Selbst in großen Teilen Kern-Europas ist einer arbeitslosen Jugend die Zukunft geraubt worden, die Folgen werden nicht ausbleiben.

Was die mächtigsten kapitalistischen Länder hindert, ihre militärische und ökonomische Macht voll auszuspielen, sind die innenpolitischen Folgen, die sie deswegen befürchten müssen. Es sind die Systemkrisen, die seit dem Jahr 2008 wieder die kapitalistische Welt heimgesucht haben, die Finanzkrisen, die Weltwirtschaftskrisen, die Überschuldungskrisen, welche auf die politische Stabilität zersetzend wirken. Bei allem Auf und Ab bestehen sie, allen Behauptungen zum Trotz, latent weiter und untergraben

das soziale und gesellschaftliche Gefüge. Das lähmt wohl hin und wieder manchen Aggressionstrieb imperialistischer Länder, auch der mächtigen USA, die nun ihr Scheitern in Afghanistan und im Irak nicht mehr verschleiern können. Der politische Preis einer solchen imperialistischen Politik ist u. a. ein gigantischer Schuldenberg von 17 Billionen Dollar. So sollen manche ihrer Raketen 1,4 Millionen Dollar kosten.

Zunehmende Gewalt und die Kriege der Unterdrückten führen auch zu zunehmender Empörung, zu Widerstand und Protestbewegungen. Bei realistischer Betrachtung müssen wir aber feststellen, dass diese subjektiven Reaktionen jedoch in keinem Verhältnis zu den objektiven Erschütterungen stehen; noch nicht ...

Das trifft auch auf Deutschland zu, wo es der Regierung gelang, durch vorübergehende wirtschaftliche Maßnahmen die Krisenstimmung zu verdrängen und für breite Lohnarbeiterschichten den sozialen Standard einigermaßen zu halten und die unteren Schichten abzuspalten. Tagtäglich trommeln die von den Kapitalisten beherrschten Medien dem Volk die, ihrer Klasse nützlichen, *Wahrheiten* ein. Vereinzelter Widerstand darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine Zunahme von Klassenbewusstsein nicht eingetreten ist. Im Gegenteil; mit dem Ausscheiden vieler traditionsbewusster Funktionäre geht es mit der Arbeiterbewegung und mit den Gewerkschaften auch in Deutschland immer weiter bergab.

Die neue Stufe der Aufrüstungs- und Interventionspolitik der Großen Koalition wird fast widerstandslos hingenommen. Solange keine tiefgreifenden sozialen Einschnitte erfolgen, wird sich an dem inneren Zustand von Betriebsbelegschaften und Gewerkschaften, selbst durch einzelne Arbeitskämpfe, politisch nicht viel ändern. Auch sozialistische Gruppen müssen da wohl manche Illusionen im Hinblick auf eine Gewinnung von klassenbewußten Mitstreitern aufgeben.

Es liegt nicht nur an der historischen Niederlage der sozialistischen Anfänge in der Welt, wenn politische Alternativen zuerst außerhalb eines Systemsturzes gesucht werden. Das

bisherige Gesellschaftssystem muss erst noch mehr bankrott machen und zwar fühlbar. Die Klasse, die allein dazu fähig sein könnte, zu handeln, muss sich erst von Konsumismus und Egoismus in gemeinsamen Kämpfen frei machen. Ein Aufschwung der sozialistischen Bewegung ist somit nicht sichtbar und die Wiederbelebung wird noch langer Phasen bedürfen. Das heißt, auch für uns als kleine Gruppe, den langen Atem zu behalten und im bisherigen Sinn weiterzuarbeiten. Bekanntlich muss nicht nur die Idee zur Wirklichkeit kommen, sondern auch die Wirklichkeit zur Idee. Und ohne ausreichende Vorarbeit, ohne sozialistische Partei, gibt es keinen späteren Erfolg. Im Denken mancher Menschen ist jedoch schon eine Änderung eingetreten. Aus den Erfahrungen der letzten Jahre heraus hat für sie der Kapitalismus an Glanz verloren. Besonders im Kulturbereich, in Theater, Film und Literatur, ist das zu spüren. Für manche ist dies auch erst mal die nächste Stufe: Sie haben die Illusion, sie könnten weg vom „*Raubtierkapitalismus*“, wie sie ihn nennen, hin zu einem *Sozialen Kapitalismus*. Dabei übersehen sie die Widersprüche im System und seine Gesetzmäßigkeiten. Bei Sozialisten sind also weiterhin Geduld und Durchhaltevermögen gefragt, anstatt größerer Erfolgserlebnisse. Isolation und Misserfolge gilt es nach wie vor durchzustehen. Es muss mühsam um den einzelnen Menschen gerungen werden.

Werden wir konkret:

Wenn wir uns der inhaltlichen Gestaltung der *Arbeiterstimme* zuwenden, können wir konstatieren, dass es wieder eine rege Beteiligung der Gruppenmitglieder und politisch befreundeten Autoren gegeben hat. Es haben somit 24 Genossinnen und Genossen in unterschiedlichem Ausmaß ihre Arbeit eingebracht. Es war nicht nur Mangel, wenn über die Ausführungen wenig diskutiert wurde, sondern das zeigt auch die nach wie vor bestehende politische Übereinstimmung in den wichtigsten politischen Beurteilungen. Andererseits waren wir nicht in der Lage, dass die Redaktion, als

Antwort auf aktuelle oder brisante politische Ereignisse, einfach Artikelaufträge verteilen konnte. Dazu sind wir eben zu klein und müssen die beruflichen und anderen politischen Engagements der Einzelnen berücksichtigen. Das haben wir mit Nachdrucken aus der *Arbeiterpolitik* und anderen linken Zeitungen ausgeglichen.

Wie es weitergeht mit der Gruppe, hängt von uns allen ab, aber noch mehr von den kommenden politischen Verhältnissen, von der Zuspitzung der Krisen und Kriege im Kapitalismus und wie die Massen darauf antworten. Wird Widerstand aufgenommen, auch von den Gewerkschaften, die immer mehr politisch verkommen sind? Oder wendet sich die Arbeiterschaft erst mal nach rechts? Diese Entwicklungen im Kleinen zu beeinflussen und Vorarbeit zu leisten, ist weiter Aufgabe unserer Gruppe, selbst in schwierigen Zeiten, wo der sogenannte *Mainstream* gegen uns steht.

Kurt Tucholsky hat es, angesichts der aufkommenden Nazibewegung, einst so ausgedrückt:

„Nichts ist schwerer und erfordert mehr Charakter, als sich im offenen Gegensatz zu seiner Zeit zu befinden und laut zu sagen NEIN!“

Anzeige

Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein



Hamburg 1978. 138 Seiten, Fadenheftung, fester Einband, 5,00 €.

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Wahlen in Sachsen-Thüringen-Brandenburg

Viel Frust und wenig Lust, zu wählen



Als dieser Text geschrieben wurde, war die „rot-rot-grüne“ Koalition in Thüringen rein rechnerisch möglich. Hier präsentiert sich die neue thüringische Regierung.

Bei den Landtagswahlen im September in Sachsen, Thüringen und Brandenburg hatten, 25 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die BRD, die Bürger die Wahl, die Zusammensetzung eines neuen Landtages zu bestimmen. Es waren auch die ersten Wahlen nach der Bundestagswahl im vergangenen Jahr. Die Wahlen zeigen das Stimmungsbild der Ostdeutschen, das zum Teil auf die ganze BRD übertragen werden kann, allerdings nicht in jedem Punkt. Es gibt immer noch erhebliche Besonderheiten im Wählerverhalten der Ostdeutschen, das sich von dem der Westdeutschen unterscheidet.

So schneidet die PdL im Gegensatz zu Westdeutschland erheblich besser ab. Infratest Dimap hat ermittelt, dass *Die Linke* weit über die eigene Wählerschaft hinaus als Vertreterin ostdeutscher Belange gesehen wird. Auch wird von einer Mehrheit ihre Haltung zu den Vorgängen in der Ukraine positiv gesehen. Hier wirkt die DDR-Sozialisierung der Ostdeutschen nach.

Die Wahlergebnisse schließlich waren für viele politisch Etablierte geradezu ein Schock.

In allen drei Bundesländern lag die Wahlbeteiligung um die 50 Prozent, in Brandenburg sogar nur noch bei 47,8 Prozent.

Ebenso schockierend waren für die etablierten Parteien die bis zu zweistelligen Wahlerfolge der *Alternative für Deutschland*.

Die FDP flog aus allen drei Landtagen raus. Sie hatte auch die richtigen Vorahnungen: in Brandenburg plakatierte sie „Keine Sau braucht die FDP“ und in Thüringen „wir sind dann mal weg“! Und so kam's dann ja auch und nur wenige klagten darüber.

In Sachsen flog endlich auch die NPD aus dem Landtag. Ihr fehlten 800 Stimmen zu den erforderlichen 5 Prozent. Auch gut.

Desaströse Stimmeneinbrüche erlitten die SPD in Thüringen, wo sie an der Landesregierung beteiligt war und gleichermaßen *Die Linke* in Brandenburg, die ebenfalls mit in der Regierung saß.

Die SPD verlor in Thüringen ein Drittel der Stimmen und landete gerade einmal bei 12,4 Prozent.

Noch schlimmer erging es der Linkspartei in Brandenburg. Sie erreichte 18,6 Prozent der Stimmen. Vor fünf Jahren waren es noch 27,2 Prozent gewesen.

Eindeutige Wahlsieger waren in Brandenburg die SPD und in Sachsen die CDU, der allerdings ihr Koalitionspartner FDP abhanden kam.

In Brandenburg kommt es inzwischen zur Wiederauflage der SPD/Linke-Koalition und in Sachsen wird

es wohl zu einer Koalition von CDU und SPD kommen.

In Thüringen aber könnte es zu einer neuen Konstellation kommen, nämlich zu einer „rot-rot-grünen“ Koalition, mit einem Ministerpräsidenten Ramelow an der Spitze.

Jedenfalls ist *Die Linke*, oder besser gesagt Ramelow, dort fast zu allem bereit, um dieses Ziel zu erreichen. Das zeigt nicht zuletzt die abgegebene Erklärung der Partei, die DDR sei ein Unrechtsstaat gewesen. Offensichtlich ist *Die Linke* in Thüringen bereit, über jedes Stöckchen zu springen, das man ihr hinhält, um nur ja den Ministerpräsidenten zu stellen.

Am Wahlabend gaben im Fernsehen die „Wahlsieger“ ein Schauspiel wie immer. Zwischen „hoherfreut“ und „total zerknirscht“ verwiesen sie auf ihre „Erfolge“ oder „Defizite“ und sie taten, als wären die Wahlen ganz normal abgelaufen. Hätten sie aber die absoluten Zahlen ihrer Wahlergebnisse betrachtet, hätten sie festgestellt, dass sie so wenig Stimmen wie noch nie erhalten hatten.

Die absoluten Zahlen zeigen schockierender als die prozentual ausgedrückten Ergebnisse, welche Frustrationen in der Bevölkerung vorhanden sind. Sie zeigen das Misstrauen gegenüber den etablierten Parteien und deren Politikern. Und sie zeigen, wie ausgehöhlt inzwischen der Parlamentarismus ist. Bei einer Wahlbeteiligung von unter 50 Prozent verliert dieser zunehmend an Legitimität.

Neue Rechtspartei gewinnt an Boden

Der eigentliche Paukenschlag jedoch waren die Ergebnisse der AfD. In Sachsen erreichte sie 12 Prozent, in Thüringen 13 Prozent und in Brandenburg 15 Prozent.

Die FAZ schreibt dazu: „Die Sachsen-Wahl ist ein Grund zur Sorge: Rechts von der CDU gibt es mittlerweile Platz für zwei Parteien – von denen eine nur hauchdünn scheiterte. Die FDP ist das Opfer dieser Entwicklung. Das alles, während es Deutschland so gut geht wie

nie.“ Allerdings lässt das Blatt offen und konkretisiert nicht, welchem „Deutschland es gut geht“. Doch dazu später.

Und weiter meint die FAZ „Nicht zu übersehen ist, dass die AfD Bedürfnisse einer rechtsliberal, konservativ und national eingestellten Klientel bedient, die in der FDP nur im wirtschaftsliberalen Kostüm noch gepflegt wurden und woanders kaum noch eine salonfähige Heimat haben.“

Allgemein geht die Mehrheit der Wahlanalysten davon aus, dass die AfD eine dauerhafte Erscheinung in den Parlamenten sein wird. Dass sie so ein Parteigebilde werden wird, wie es in Frankreich der *Front National* ist oder in Österreich die FPÖ und wie es andere rechtspopulistische Parteien in Europa sind. Auf der anderen Seite zeigen die Wählerwanderungen zur AfD, dass sie bei diesen Wahlen als reine Protestpartei gesehen wurde. Sie zog nämlich nicht nur aus dem konservativen und braunen Lager Stimmen ab, sondern auch aus allen anderen Lagern.

Am ehesten kann man mit der FAZ-Analyse in Sachsen mitgehen. Dort wanderten 33.000 Wähler von der CDU zur AfD. Das waren deutlich mehr als die Abwanderung von den anderen Parteien. Bei der Linken waren es aber auch nicht gerade wenige, nämlich 18.000 Wähler.

Und schon anders sieht es in Thüringen und Brandenburg aus. In Thüringen gingen 18.000 von der CDU zur AfD. Bei der Linken waren es nur 2.000 weniger. Insgesamt 16.000 Wähler gingen zur AfD.

Noch krasser war es in Brandenburg. Dort verlor die CDU 18.000 Wähler und die Linke 20.000 Wähler an die AfD.

Es ist kaum anzunehmen, dass es sich bei ehemaligen Linke-, SPD- und Grüne-Wählern um ein mehrheitlich

AfD-Wähler nach Tätigkeit in Prozent

	Arbeiter	Angestellte	Selbständige	Rentner	Arbeitslose
Sachsen	15	10	15	6	12
Thüringen	16	11	13	7	10
Brandenburg	19	12	17	8	14

rechtsliberal, konservativ und national eingestelltes Klientel handelt. Hier handelt es sich um Protestwähler, die bei einer zukünftigen Wahl sich durchaus wieder anders entscheiden können.

Dafür spricht auch die Wählerstruktur der AfD. 15 Prozent der Arbeiter, 10 Prozent der Angestellten und 12 Prozent der Arbeitslosen haben diese Partei gewählt (Sachsen). Hier handelt es sich also um rein lohnabhängig Beschäftigte. Deren Interessen aber kann eine neoliberale Hardcore-Partei, wie es die AfD ist, grundsätzlich nicht bedienen.

Keine überzeugenden Konzepte

Für die Linkspartei waren die Wählerverluste besonders bitter. Gehören doch die drei Bundesländer zu ihren Wählerhochburgen. Der Grund für ihre schwindende Wählerbasis ist sicher in der seit langem zu beobachtenden schleichenden Anpassung an die Politikangebote der anderen etablierten Parteien zu suchen. In Sachsen z. B. waren die Parteien nicht an unterschiedlichen Forderungen auf den Wahlplakaten zu erkennen, sondern alleine an ihren Partei-Logos. Das reicht für eine linke Alternative allerdings nicht aus.

Das heißt, wenn die Linke keine überzeugenden Konzepte für eine Politik entwickelt, die sich eindeutig an den Interessen der abhängig Beschäftigten orientiert, wird sich der Niedergang fortsetzen.

Im Moment ist eine grundsätzliche Änderung der Richtung nicht erkennbar. Wenn man die Koalitionsverhandlungen in Thüringen betrachtet, ist eher das Gegenteil zu befürchten. Selbst wenn es dort zu einer von Ramelow geführten Koalition kommt, wird es ihr kaum möglich sein, den versprochenen politischen Richtungswechsel zu realisieren. Eine mögliche „rot-rot-grüne“ Koalition hätte nur eine Stimme Mehrheit. Um diese zu halten, müsste die Linke weitgehende Zugeständnisse an SPD und Grüne machen, die zu großen Teilen eine neoliberale Ausrichtung haben. Unter einer solchen Konstellation die bestehenden Macht- und Gesellschaftsverhältnisse zu verändern, wird kaum möglich sein.

Seit der Europawahl im Juni hat die AfD einen rasanten Aufschwung erlebt. Sie sitzt jetzt im Europaparlament und in drei ostdeutschen Landtagen. Weitere Wahlerfolge (die nächste Wahl ist im Februar 2015 in Hamburg) werden wahrscheinlich sein. Aber selbst, wenn diese Erfolge nur eine vorübergehende Erscheinung sein sollten, wird die AfD die Republik weiter nach rechts rücken.

Obwohl die AfD bei den Wahlen aus allen politischen Lagern Stimmen geholt hat, tut sie der CDU ganz besonders weh, weil sie, rechts von ihr angesiedelt, eine direkte Konkurrenz darstellt. Die CDU wird sich an das Jahr 1989 erinnern, als die CSU-Abspaltung, die *Republikaner*, Furore machten. Ebenfalls rechts von der CDU angesiedelt, kamen sie ins Europaparlament, ins Berliner Abgeordnetenhaus und in den Stuttgarter Landtag. Damals grenzte sich die CDU scharf von den Republikanern ab, was zum Erfolg führte, nicht zuletzt auch deshalb, weil die Reps ins faschistische Lager abdrifteten.

Ob diese Taktik, auf die AfD angewendet, erfolgreich sein wird, darf bezweifelt werden. Offensichtlich sieht man das im Unionslager ähnlich. Dort mehren sich die Stimmen, die in

Wählerwanderung zur AfD

	Sachsen	Thüringen	Brandenburg
CDU	33 000	18 000	18 000
Die Linke	15 000	16 000	20 000
SPD	8 000	12 000	12 000
Grüne	3 000	1 000	1 000
FDP	18 000	11 000	17 000
NPD	13 000	k. A.	k. A.
Andere	39 000	23 000	27 000
Nichtwähler	16 000	12 000	12 000

der AfD einen möglichen Koalitionspartner sehen.

Gleichzeitig aber steht die CDU unter dem politischen Druck der AfD. Um ihr traditionelles konservatives Klientel an sich zu binden, wird sie versuchen, die AfD teilweise rechts zu überholen, was zu einem generellen Rechtsruck führen wird.

Was will die AfD?

Kommen wir nun zur AfD selbst. Was will diese Partei eigentlich? Die AfD sieht sich selbst als so etwas wie eine deutsche *Tea-Party-Partei*. Sie versucht, die herrschende Unsicherheit und Unzufriedenheit mit der Wirtschafts- und Europapolitik der Bundesregierung in ein rechtsnationales Fahrwasser zu lenken.

Mit ihrem Programm bedient sie die Ängste und Vorurteile derjenigen Schichten, die etwas zu verlieren haben und die deshalb Angst vor dem sozialen Abstieg haben. Das sind der so genannte Mittelstand, der heute auch Facharbeiterkreise umfasst, und das traditionelle Kleinbürgertum.

Zentraler Punkt im AfD-Programm ist die Forderung „Raus aus dem Euro“. Die Partei fordert „eine geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes. Deutschland braucht den Euro nicht. Anderen Ländern schadet der Euro.“ (so Parteichef Bernd Lucke am Gründungsparteitag).

Weitere Forderungen betreffen das Steuerrecht mit dem Ziel, die „Besserverdiener“ und Reichen zu entlasten.

Im Wahlkampf setzte die AfD auch erfolgreich auf das Thema *Innere Sicherheit*. Gerade das Thema Kriminalität habe ihr an der polnischen Grenze teilweise sogar „20 Prozent und mehr“ Wählerstimmen beschert, sagte Lucke. Das seien die Gegenden, „in denen die Kriminalität besonders viel Unmut bei den Wähler verursacht hat“.

Auch die Sorge, dass die Deutschen aussterben, war Thema. In einer Analyse der Wahlergebnisse sagte AfD-Sprecher Lucke, das Bekenntnis der AfD zur Drei-Kind-Familie sei gut angekommen.

Weiter meinte Lucke, dass auch die Aussagen der AfD zur Zuwanderung und Asylpolitik gezogen hätten. „Man muss einfach zur Kenntnis nehmen, dass es den Menschen Angst macht,

was an Aufnahmebereitschaft von ihnen verlangt wird“.

AfD-Vize Alexander Gauland, der als Spitzenkandidat in Brandenburg angetreten war, bestätigte Luckes Einschätzung und fügte hinzu: „Wir brauchen eine Steuerung der Zuwanderung. Wir müssen darauf achten, dass wir qualifizierte und integrationswillige Zuwanderer zu uns lassen und dass wir

Das steht natürlich im Widerspruch zur Wählerstruktur der Partei, die mehrheitlich getragen wird von Arbeitern, Angestellten und Arbeitslosen.

Und dieser Wählerschaft ist auch sicherlich nicht in Gänze bekannt, welche politischen Positionen dieses Führungspersonal vertritt.

So vertritt Lucke weitere Lohn-



Bild: linksunten.indymedia.org

keine Form von Zuwanderung zulassen, die unsere Gesellschaft ablehnt und sich gegen sie wendet, wie dies beispielsweise in manchen Bereichen des politischen Islamismus der Fall ist. (Die Menschen) ... wollen ganz deutlich hörbar von den Politikern eine Aussage haben: Wer passt zu uns und wer nicht?“

Wer ist die AfD?

Ein Großteil des Führungspersonals stammt aus dem rechts-konservativen Flügel der Unionsparteien und FDP. Andere Gründungsmitglieder wie der ehemalige BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel oder der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Thyssen-AG, Dieter Spethmann, kommen aus der Wirtschaft.

Die wichtigen Parteiämter werden nahezu ausschließlich von Akademikern wie Juristen, Professoren, Zahnärzten, Diplomkaufleuten sowie von mittelständischen Unternehmern besetzt. Und diese bestimmen jenseits des Parteiprogramms die Politik der Partei.

senkungen. 2005 initiierte er den Hamburger Appell. Dort heißt es: „Wer behauptet, Deutschland könne und müsse ein Hochlohnland bleiben, handelt unredlich oder ignorant. ... Die unangenehme Wahrheit besteht deshalb darin, dass eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage nur durch niedrigere Entlohnung, also durch eine verstärkte Lohnspreizung, möglich sein wird. Eine Abfederung dieser Entwicklung ist durch verlängerte Arbeitszeiten, verminderten Urlaubsanspruch oder höhere Leistungsbereitschaft möglich“.

Hans-Olaf Henkel tritt ein für „weniger Staat im Staat“, gegen „Gleichmacherei“ und für „mehr Wettbewerb“. Er ist für die Minimierung des Sozialstaates und für die Senkung von Steuern. Henkel gibt heute in der AfD den Ton und wollte als BDI-Präsident Ende der 90er Jahre schon mal „Tarifverträge und das Betriebsverfassungsgesetz verbrennen“.

Im Vorstand der Partei ist neben Lucke unter anderen auch Konrad Adam (Altphilologe und Journalist), einer der drei Gründungssprecher der Partei. Adam ist Anhänger von

Friedrich August von Hayek („Vater des Neoliberalismus“) und bezweifelt wie dieser das Wahlrecht für Arbeitslose und andere „Unproduktive“. In der *Welt* offenbarte er 2006 sein Denken, bezogen auf einen Artikel von André Lichtschlag, Herausgeber des marktradikalen Magazins *eigentlich frei*. Er stimmt der Forderung von Lichtschlag, das Wahlrecht für bestimmte Bevölkerungsgruppen zu beseitigen

Roland Vaubel stellte Überlegungen in diese Richtung an. In seinem Beitrag „Der Schutz der Leistungseliten in der Demokratie“ diskutierte er, wie die so genannten Leistungseliten vor der Tyrannei der Mehrheit geschützt werden können. Er kam ebenfalls zu dem Ergebnis, das Wahlrecht einzuschränken.

Dann gibt es einen Hermann Behrend, der in NRW stellvertretender

dass sie trotz ihrer „erfolgreichen“ Politik im Bund und dort, wo sie in den Ländern regiert oder mitregiert, nicht aus ihrem Tief herauskommt. Die Linke wundert sich, dass sie in Brandenburg so desaströs verloren hat und trotz Krise keinen stärkeren Rückhalt erzielt. Die FDP versteht nicht, dass sie trotz ihrer „Erfolge“ in Sachsen aus dem Landtag geflogen ist. Und die CDU wundert sich, dass sie keinen stärkeren Widerhall bei der Wählerschaft gefunden hat und absolut sogar Stimmen verloren hat.

Und alle zusammen wundern sich, dass die Hälfte und mehr der Wählerschaft am Wahlsonntag zu Hause geblieben ist. Was die SPD-Generalsekretärin Fahimi auf den glorreichen Gedanken brachte, bei zukünftigen Wahlen die Urnen doch auch in Einkaufszentren und Sportstätten aufzustellen.

Allerorten rätselt man über den Wähler, der als unbekanntes Wesen erscheint. Und besorgt fragt die FAZ: „Das alles geschieht zu einer Zeit, da es Deutschland – und nicht auch Sachsen? – so gut geht wie selten zuvor. Protestparteien hat es immer wieder gegeben – aber meist zu Zeiten, als sie sich auf ein Thema stürzen konnten, über dessen Brisanz kein Zweifel bestand. Aber jetzt?“

„Deutschland geht es gut“, diese Auffassung vertrat Merkel bereits während des zurückliegenden Bundestagswahlkampfes und das vertreten offensiv CDU und SPD, sowie, wie das FAZ-Beispiel zeigt, die bürgerlichen Medien.

Die Realität ist anders

Lassen wir einmal beiseite, dass es in einem Land höchstens den Menschen, die darin leben, gut oder schlecht gehen kann, dann stellen wir fest, dass die Aussage „Deutschland geht es gut“ für eine verschwindende Minderheit der Deutschen stimmt. Die übergroße Mehrheit der Menschen hat aber in den zurückliegenden 20 Jahren völlig andere Erfahrungen gemacht. In diesen Jahren ging es nur abwärts für die Mehrheit der Bevölkerung. Nichts wurde besser, aber vieles schlechter. Von der bürgerlichen und sozialdemokratischen Politikermehrheit wird das schlichtweg ignoriert. Sie leben in einer Scheinwelt, in der sie offen-



(Entzieht den Nettostaatsprofiteuren das Wahlrecht!), ausdrücklich zu und meint: „Nur der Besitz schien eine Garantie dafür zu bieten, dass man vom Wahlrecht verantwortlich Gebrauch machte. ... Erst später, mit dem Aufkommen der industriellen Revolution und seiner hässlichsten Folge, der Massenarbeitslosigkeit, ist die Fähigkeit, aus eigenem Vermögen für sich und die Seinen zu sorgen, als Voraussetzung für das Wahlrecht entfallen. Ob das ein Fortschritt war, kann man mit Blick auf die Schwierigkeiten, die der deutschen Politik aus ihrer Unfähigkeit erwachsen sind, sich aus der Fixierung auf unproduktive Haushaltstitel wie Rente, Pflege, Schuldendienst und Arbeitslosigkeit zu befreien, mit einigem Recht bezweifeln. Das Übergewicht der Passiven lähmt auf die Dauer auch die Aktiven und zerstört den Willen zur Zukunft“ Die *Welt*, 16. 10. 2006, Konrad Adam: Wer soll wählen?

Konrad Adam steht in der AfD mit seiner Idee, den so genannten „unteren Schichten“ das Wahlrecht abzuerkennen, nicht allein. Auch der zum wissenschaftlichen Beirat gehörende Volkswirtschaftsprofessor

tisch, fremdenfeindlich und reaktionär. Aber nicht faschistisch, wie die AfD häufig von manchen Linken verortet wird. Unbestritten gibt es Anknüpfungspunkte an die faschistische Ideologie. Das zeigt ihre Fremdenfeindlichkeit, die Ausgrenzung von Minderheiten und die Positionen zur Familienpolitik.

Aber es fehlt bei der AfD ein wichtiges Element der faschistischen Ideologie, nämlich die Forderung nach der Schaffung einer Volksgemeinschaft. Sie will das Gegenteil einer Volksgemeinschaft. Sie will die Ausgrenzung großer Bevölkerungsteile an der gesellschaftlichen Teilhabe und erhebt für eine Elite den Führungsanspruch. Zweifellos aber rückt sie mit ihrer reaktionären Politik und Ideologie die Bundesrepublik weiter nach rechts und ist damit ein Wegbereiter der tatsächlichen Faschisten.

Deutschland geht es gut?

Und die etablierten Parteien wundern sich. Die SPD wundert sich,

sichtlich die Realitäten nicht mehr wahrnehmen.

Wäre es nicht so, dann würde sich die SPD nicht wundern, dass sie von ihrer eigenen Klientel nicht mehr gewählt wird. Da hilft ihr auch nicht, dass sie sich heute wieder ein soziales Mäntelchen umhängt.

Unvergessen bleibt bei vielen Menschen, dass die SPD die „Heuschrecken“ ins Land geholt hat. Dass sie eine Steuerpolitik mit der Folge betrieben hat, dass große Konzerne heute keine Steuern mehr bezahlen, dass sie im Gegenteil, wie BMW oder der Daimler-Konzern, sogar noch Geld vom Staat zurück erhalten.

Oder die unsäglichen *Hartz 4-Gesetze*. Mit schreienden Ungerechtigkeiten, wie zum Beispiel in dem Fall, wo jemand nach 30 oder mehr Jahren Einzahlung in die Arbeitslosenversicherung arbeitslos wird und nach einem Jahr genauso behandelt wird, wie ein 17-jähriger, der von zuhause auszieht und H4 beantragt.

Zu angekündigten drastischen Verschlechterungen wird es für die zukünftigen Rentner kommen. Es ist beschlossen, dass das Rentenniveau bis zum Jahr 2030 auf 43 Prozent vom letzten Nettoeinkommen abgesenkt wird. Rechnet man auf der heutigen Basis, käme jemand mit dem heutigen durchschnittlichen Nettoeinkommen von 1.647 € auf gerade mal 708 € Rente. Aber auch das bei 45 Beitragsjahren, die nur wenige zusammenbringen.

Um dieses Problem zu lösen, hat die Schröder-Regierung die Riester-Rente eingeführt. Heute weiß man – und es wurde schon des Öfteren publiziert – dass von dieser „Rente“ nur die Versicherungskonzerne profitieren. Die zukünftigen Rentner dagegen bekommen weniger zurück als sie selbst einbezahlt haben.

25 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse sind inzwischen prekär. Wie sollen diese Beschäftigten auch noch Geld zur Seite legen können, um einen Riester-Renten-Vertrag abzuschließen? Bei diesen Beschäftigten ist bereits heute klar, dass sie in die Altersarmut fallen.

Da hilft auch der Mindestlohn von 8,50 € nur wenig. Bei einer 40 Stunden-Woche sind das im Monat 1.473 Euro brutto. Es bleiben netto 1.173 €. Die Rente wird dann bei 40 Beitragsjahren bei 850 Euro liegen.

Die Grundsicherung nach Hartz 4 liegt bei 749 €. Die 8,50 € sind sehr geschickt gemacht! Abhängig von den Beitragsjahren, liegen die meisten knapp über oder unter der Grundsicherung.

Talfahrt der Löhne

In Westdeutschland sind von 1995 bis 2012 die Reallöhne in allen Einkommensgruppen gesunken. Einen dramatischen Rückgang erlebten Geringverdiener: Ihre realen Stundenlöhne stürzten um 20 Prozent ab, Normalverdiener hatten 8,5 Prozent, Besserverdiener 2,3 Prozent weniger.

Im Osten Deutschlands gab es zunächst noch starke Zuwächse. Innerhalb von zwei Jahren stieg der mittlere Stundenlohn in manchen Branchen von 54 auf fast 70 Prozent des Westniveaus. Die Gewerkschaften setzten zum Teil zweistellige Prozentforderungen durch. Darauf begann die Tariffucht der Unternehmer auf breiter Basis mit der Folge, dass heute nur noch wenige Unternehmen dort tarifgebunden sind und in vielen Betrieben die Entlohnung am Boden liegt.

Deshalb haben auch die Geringverdiener in Osten wie ihre Westkollegen Einbußen erlitten: Ihre Reallöhne sanken von 1995 bis 2012 um 6,3 Prozent. Dass der Rückgang nicht so stark war wie im Westen, lag nur daran, dass das Ausgangsniveau im Osten ohnehin sehr niedrig war.

Festzustellen ist darüber hinaus, dass die Arbeitsverhältnisse generell immer unsicherer werden. Leiharbeit, Werkverträge, Befristungen stehen inzwischen in den Betrieben überall auf der Tagesordnung, tariffreie Bereiche und ausgehöhlt Tarifverträge ebenfalls.

Soviel zu der These: „Deutschland geht es gut!“

Der Trend setzt sich fort

Es ist deshalb nur für die etablierten Politiker und deren Parteien verwunderlich, dass sich immer mehr Menschen von ihnen abwenden. Dass sie die Wahl verweigern oder Protest-Parteien wählen. Der bei den Europa- und Landtagswahlen in Ostdeutschland sichtbar gewordene

Trend wird sich fortsetzen, insbesondere, wenn sich die Konjunktur weiter abschwächt und die nächste Krise offen zum Ausbruch kommt.

Es ist auch davon auszugehen, dass Rechtsparteien weiter an Zulauf gewinnen. Die abhängig Beschäftigten sehen mehrheitlich keine grundsätzliche Alternative zu den bestehenden Verhältnissen. Ihr Denken bewegt sich in kleinbürgerlichen Kategorien. Außerdem gibt es im Moment keine linke Kraft, die eine solche Alternative glaubhaft aufzeigt. Dafür hat die jahrzehntelange Sozialisierung der abhängig Beschäftigten sowohl in der BRD als auch in der DDR gesorgt. Was aber geschehen wird, ist, insbesondere wenn die kommenden Krisen wieder auf dem Rücken der arbeitenden Klassen ausgetragen werden, dass der formal-demokratische Charakter dieser kapitalistischen Republik deutlicher sichtbar wird, die versucht, ihnen ihre Lebensgrundlage zu entziehen. Aus dieser Erfahrung können sich neue Ansätze für eine systemüberwindende linke Politik ergeben. Noch aber ist das ein langer Weg.

Anzeigen

Ekkehard Lieberam

Der Kniefall von Thüringen Die LINKE und die Unrechtsstaat-Debatte



25 Jahre nach der Wende hat sich die Partei Die Linke den politisch-moralischen Kampfbegriffen der Sieger im Kalten Krieg gegen den Realsozialismus

unterworfen. Die vier Vertreter der LINKE in den Sondierungsgesprächen über eine Regierungskoalition in Thüringen haben am 23. September 2014 sowohl der Kriminalisierung der DDR als „Unrechtsstaat“ als auch den Forderungen von Bündnisgrünen und SPD, nun mit dessen „Aufarbeitung“ so richtig loszulegen, zugestimmt.

72 Seiten, 5,- Euro, Staffelpreise bei Direktbestellung: ab 5 Expl. 4.50 / ab 10 Expl. 4,- Euro
pad-Verlag, Am Schlehdorn 6
59192 Bergkamen, pad-verlag@gmx.net

Der Deutschlandfunk zum GDL-Streik

Ja, die Streiks nerven. Aber sie gehören auch dazu, damit Unternehmen und Arbeitnehmer wenigstens halbwegs auf Augenhöhe verhandeln können. Kleine, aufmüpfige Gewerkschaften wie die GDL sind genau das, was Deutschland braucht, kommentiert Stefan Römermann.

Ganz ehrlich?! Es ist kaum noch auszuhalten. Nicht der Streik selbst. Der ist nervig. Klar. Als Bahn-Vielfahrer muss ich jetzt schon wieder umplanen und zusehen, wie ich am Wochenende ohne Bahn an mein Ziel komme. Nervig. Aber auch kein Weltuntergang. Wirklich kaum noch auszuhalten ist etwas ganz anderes: Seit Wochen wird in vielen Medien und in der Politik so getan, als ob hier eine kleine Splittergewerkschaft mit einem durchgeknallten Gewerkschaftschef die Republik in Geiselschaft nimmt. Als würden gierige und machthungrige Funktionäre ohne Rücksicht auf Verluste das ganze Land lahmlegen.

Ja, die Streiks nerven. Das sollen sie aber auch. Und das müssen sie sogar – dazu sind sie da. Denn

Streiks sind das einzige wirklich wirksame Mittel für Arbeitnehmer und Gewerkschaften, um ihre Ziele durchzusetzen.

Und sind die Streik-Ziele der GDL wirklich so absurd? Die Gewerkschaft ist längst nicht mehr eine reine Lokführer-Gewerkschaft. Viele Zugbegleiter sind inzwischen Mitglied in der GDL. Und natürlich will die Gewerkschaft auch für diese Mitglieder verhandeln und Tarifverträge abschließen dürfen.

Tarifeinheit verstößt gegen Grundgesetz

Und jetzt kommt der Witz: Die dürfen das. Denn genau das hat das Bundesarbeitsgericht vor vier Jahren entschieden. Lange Jahre durften kleine Gewerkschaften zwar auch Tarifverträge abschließen. Doch im Betrieb galt dann trotzdem im Zweifelsfall immer nur der Tarifvertrag der Gewerkschaft mit den jeweils meisten Mitgliedern. Das war für die Betriebe natürlich sehr praktisch. Nur war es eben leider verfassungswidrig. Die vermeintlich goldene Regel von der Tarifeinheit verstößt schlicht gegen die im Grundgesetz garantierte Kollisionsfreiheit.

Doch die Bahn möchte konkurrierende Tarifverträge im Betrieb trotzdem auf jeden Fall verhindern. Denn sie machen Arbeit. Und sie sorgen im Zweifelsfall dafür, dass die Gewerkschaften insgesamt selbstbewusster auftreten. Denn Konkurrenz belebt natürlich auch bei den Gewerkschaften das Geschäft.

Und vielleicht ist genau das auch dringend nötig. Denn gerade einige der großen Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren bei Tarifverhandlungen eher einen Kuschelkurs gefahren. Obwohl Produktivität und Gewinne nach oben gingen, wurden teilweise absurd niedrige Tarifabschlüsse geschluckt. Zwischenzeitlich haben deshalb sogar die Bundesbank und die Europäische Zentralbank deutlich höhere Löhne gefordert.

Kleine, aufmüpfige Gewerkschaften wie die GDL sind deshalb genau das, was Deutschland braucht. Und ja: Streiks nerven. Aber sie gehören auch dazu, damit Unternehmen und Arbeitnehmer wenigstens halbwegs auf Augenhöhe verhandeln können.

Deutschlandfunk, Kommentar, 05.11.2014

Islamischer Fundamentalismus, Islamischer Staat und der Westen

Die Welt, die in das dritte Jahrtausend eintritt, ist nicht von stabilen Staaten oder stabilen Gesellschaften gekennzeichnet. Die Welt, oder große Teile von ihr, wird durch Gewalt verändert werden. Doch die Art dieser Veränderungen ist noch völlig unklar.

(Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, 1995, S. 570)

Der „Krieg gegen den Terror“, den US-Präsident George W. Bush nach den Anschlägen vom 11. September 2001 ausrief, geht nun offenbar in Form des „Krieges gegen den Islamischen Staat“ in seine zweite Runde. Zwischen diesen beiden seltsamen Kriegen – seltsam, weil Kriege gewöhnlich zwischen Staaten geführt werden und nicht von einer Weltmacht gegen religiös inspirierte Gruppierungen –



liegen die militärische Unterwerfung des Irak durch die USA mit dessen anschließendem staatlichen Zerfall, der Sturz des Gaddafi-Regimes in Libyen mit nachfolgendem Bürgerkrieg und staatlicher Instabilität, der

Wahlsieg der Muslimbruderschaft in Ägypten und im Jahr darauf der Militärputsch gegen deren Präsidenten Mursi, das Versinken Syriens in Bürgerkrieg und Anarchie, die Ausweitung der israelischen Siedlungen

im Westjor-danland und die weitere Zerstörung der Infrastruktur im Gaza-Streifen und der schrittweise Rückzug aller US-Truppen und deren Verbündeter aus Afghanistan. Die Ordnung der arabischen Welt, die nach dem Ersten Weltkrieg von den imperialen Mächten England und Frankreich durch Grenzziehungen vorgenommen wurde, bricht binnen weniger Jahre zusammen und keine internationale Macht kann dies verhindern. Die Oligarchen der reichen Staaten des Golf-Kooperationsrats (GCC) halten ihre Bevölkerung durch staatliche Subventionen und vor allem durch Geheimdienste, Polizei und militärische Aufrüstung in Schach. Und im Maghreb versuchen die Regierungen durch eine Mischung aus Repressionen und Reformen das Auseinanderbrechen ihrer Staaten entlang ethnischer Bruchlinien zu verhindern.

Die militärische Gewalt der USA und ihrer willigen westlichen Verbündeten war nicht die Hauptursache für den Kollaps der arabischen Regime. Es war der Zusammenstoß der globalisierten kapitalistischen Welt mit rückständigen und stagnierenden Gesellschaften, die aus sich heraus zu weiterer Entwicklung nicht mehr fähig waren. Gesellschaften mit einem hohen Anteil junger Männer und Frauen, deren Familien sich krumm gelegt hatten, um ihnen eine gute Ausbildung an privaten Schulen und Universitäten zu ermöglichen und denen es danach unmöglich war, Arbeit oder angemessene Beschäftigung zu finden; die nicht ausreichend Geld verdienen konnten, um von zu Hause ausziehen zu können oder Familien zu gründen; deren einzige Perspektive darin zu bestehen schien, in die reichen Länder des GCC oder des Westens – möglichst in die USA – auszuwandern und von dort aus ihre Verwandten zu unterstützen. Die Liquidierung des Bath-Regimes im Irak oder Gaddafis in Libyen sprengte die letzten Fesseln, die diese Gesellschaften noch zusammen gehalten hatten. Anstelle einer Befreiung der Völker von ihren Despoten, die in der Propaganda des Westens das vorgebliche Ziel der militärischen Eingriffe gewesen war, war um sich greifende Anarchie das Resultat des Zusammenbruchs der Staatsgewalt.

ten. Denn eine wirtschaftliche und politische Perspektive war mit der Kriegführung nicht verbunden, außer einer vagen Vorstellung von einer Übernahme der „westlichen Werte“ durch die Besiegten und natürlich der weiteren Verfügbarkeit von deren Bodenschätze für die Ökonomie der Sieger.

Die Wurzeln der dschihadistischen Gruppierungen Al Qaida und Islamischer Staat (IS) liegen in Afghanistan und Irak, wo 1988 der saudische Staatsbürger Usama bin Ladin mit anderen das Netzwerk Al Qaida begründete und wo im Jahr 2000 der Jordanier Zarqawi als Führer des IS auftrat und das Hauptquartier 2003 in den Irak verlegte. Während sich Al Qaida auf Terroranschläge gegen Ziele in westlichen Staaten und pro-westlichen arabischen Staaten konzentriert und Bündnisse mit unterschiedlichen sunnitischen Strömungen und auch mit Schiiten eingeht, verfolgt der IS territoriale Ziele, indem er ein neues Kalifat, d. h. einen großen, religiös definierten (sunnitisch) muslimischen Staat anstrebt, der nur Anhänger einer bestimmten Richtung der Sunna akzeptiert, und für den andere sunnitische Richtungen, Schiiten und alle Andersgläubigen „Ungläubige“ und Gegner sind. Für den IS steht vor allem Zarqawis Nachfolger, der Iraker Hamid al Zawi mit dem Kampfnamen Abu Bakr al Bagdadi, der sich als Emir bezeichnet, und dessen Kriegsminister al Masri.

Barbarei

Die Enthauptung des britischen Journalisten und Geisel von IS, James Foley, per Video ins Netz gestellt, rief eine Welle der offiziellen Empörung westlicher Regierungsstellen hervor. Der britische Premier Cameron, US-Präsident Obama, Bundesaußenminister Steinmeier (SPD), sie und andere geißelten eine Wiederkehr der Barbarei. Das war eine Vorwegnahme der vorhersehbaren öffentlichen Reaktionen in den westlichen Industrieländern. Denn tatsächlich reagieren die Menschen hierzulande empfindlich auf archaisch anmutende blutige Tötungen, während sie im Fernsehen Tötungen aus Distanz etwa durch Raketen und Schusswaffen, oder durch

Gifte und Gase wie im US-Strafvollzug, eher gelassener hinnehmen. Dabei finden beim engsten arabischen Verbündeten der USA, Saudi-Arabien, öffentliche Enthauptungen regelmäßig statt – im Jahr 2013 insgesamt 79 – als Strafe nach der Scharia für Mord, Rauschgifthandel, Hochverrat oder Terrorismus. Zweifellos ist das nach dem Verständnis der meisten Menschen der westlichen Hemisphäre barbarisch. Aber es ist bei näherer Betrachtung Barbarei in einem insgesamt barbarischen Zeitalter. Nach zwei Weltkriegen, nach dem Genozid an Armeniern und Juden, nach den Kolonialkriegen, nach den Kriegen der USA in Vietnam, Laos und Kambodscha, nach den ethnischen Säuberungen auf dem Balkan nach dem Auseinanderbrechen Jugoslawiens, nach den Kriegen der Bush-Regierungen und ihrer „Willigen“ gegen Irak und nach den Institutionalisierung der Folter durch israelische und US-„Verhörspezialisten“, vulgo Folterknechte beiderlei Geschlechts, nach der verbalen Umwidmung von Kriegen zu „Friedensmissionen“ und vielem Anderen mehr – welches Entsetzen rechtfertigt da dieses Beispiel archaischer Barbarei des IS? Gleichwohl ist seine Propagandawirkung nicht zu unterschätzen, wenn es auch zu unserem Verständnis der Vorgänge in der arabischen Welt nichts beiträgt. Da nun die Barbarei als (moralisches) Unterscheidungsmerkmal zwischen westlichen Regierungen und islamischem Dschihadismus nicht taugt, werden wir in den Zielen der unterschiedlichen Parteien die wahren Differenzen finden müssen.

Während die Barbarei der industrialisierten westlichen Staaten unter Führung der USA vor allem im Dienst des Machterhalts, der Sicherung des status quo, steht, bezweckt der Dschihadismus die Schwächung der Macht und des Einflusses des Westens. Der IS geht noch einen Schritt weiter und strebt ein eigenes, staatenübergreifendes Reich auf religiösem Fundament an, eine muslimisch-religiöse Hegemonie, die er der westlichen kapitalistischen Hegemonie entgegensetzen will. Demgegenüber ist der islamische Fundamentalismus nicht notwendigerweise dschihadistisch, wie die entgegengesetzten Pole Saudi-Arabien (sunnitisch) und Iran (schiitisch) zeigen. Die Muslimbru-

derschaft in Ägypten und die ihr nahestehende Hamas im Gaza-Streifen sind durchaus staatsbildend bzw. staatserhaltend, ohne grundsätzlich expansionistisch zu sein. Dasselbe lässt sich von der religiös fundierten türkischen AKP-Partei sagen. Aber es gibt tatsächlich auf einer weiteren Ebene eine Gemeinsamkeit zwischen dschihadistischem und nicht-dschihadistischem islamischen Fundamentalismus: Beide Grundströmungen misstrauen aus guten Gründen den westlichen Mächten. In beiden Ausprägungen war und ist er Protest gegen die herrschenden autokratischen Regime, mehr oder weniger verdeckte Militärdiktaturen, Scheindemokratien mit Staatsparteien. Zugleich ist er auch Ausdruck des Verlangens der beherrschten Klassen nach Sicherheit, Wohlstand und durchschaubarer sozialer Ordnung in einer globalisierten Welt, an die Anschluss zu finden zunehmend schwerer fällt.

Instabilität und Zerfall

Während der Dschihadismus in Deutschland, wenn man den Medien glauben darf, vor allem auf sogenannte bildungsferne junge Männer, also Schulabbrecher, junge Arbeitslose, verurteilte Straftäter u. ä. anziehend zu wirken scheint (weshalb sie in den Rängen des IS nur untergeordnete Stellungen einnehmen), sind es in den arabischen Staaten auch junge Männer mit abgeschlossener (höherer) Schulbildung, Universitätsabsolventen, Soldaten und Offiziere aus den Armeen z. B. Iraks und Syriens, die in den Kampf ziehen. In beiden Fällen ist es nicht eine Sache von Bildung oder Unbildung; es dreht sich in erster Linie darum, dass sie für sich in der gegebenen Gesellschaft keine berufliche und soziale Perspektive sehen. Für sie ist der Dschihad ein Versprechen für eine bessere Zukunft.¹ Allerdings bleibt er ein Versprechen, das er nicht einlösen wird, weil er weder die Wege kennt noch die Mittel hat, Lösungen für die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Region und ihre Bewohner zu finden. Wo der islamische religiöse Fundamentalismus die Regierungsgewalt erobert hat, wie im Falle der türkischen AKP, hat er sich der Moderne geöffnet und betreibt eine an sozialen Klassen

orientierte Politik. Wirtschafts- und Sozialpolitik stehen dort im Mittelpunkt, die religiöse Ideologie wird marginalisiert (Kopftuch-Politik). Gerade dies hat die Muslimbruderschaft in Ägypten für die dort herrschende Militäroligarchie so gefährlich werden lassen: Weil diese nicht ohne Grund davon ausgehen konnte, dass eine erfolgreiche Wirtschafts- und Sozialpolitik einer Regierung unter Präsident Mursi in eine politische und schließlich auch wirtschaftliche Entmachtung des Militärs münden könnte, analog der Entwicklung in der Türkei.

In der Tat leiden fast alle Staaten des Nahen und Mittleren Ostens (NMO) – mit Ausnahme der wenigen Öl- und Gasförderstaaten am Persischen Golf, deren Herrschercliquen sich die Loyalität der meisten ihrer Untertanen durch Sozialtransfers erkaufen können – unter dem Problem, dass sie den Anschluss an die globalisierte Weltwirtschaft (mit Ausnahme weniger Sonderwirtschaftszonen) nicht geschafft haben; dass sie wie Jemen, Libyen, Irak und Syrien zerfallen oder wie Libanon, Tunesien oder Marokko nur mühsam ihre staatliche Einheit erhalten können. Erschwerend kommt hinzu, dass die Ernährungslage für die gesamte arabische Region von Jahr zu Jahr bedrohlicher wird. Die Regierungen können bereits heute die Bevölkerung nur mit massiven Nahrungsmittelimporten ernähren. Eine auch nur annähernde Selbstversorgung ist selbst in den Staaten des GCC völlig ausgeschlossen, obwohl dort große Anstrengungen u.a. mit Bewässerungsprojekten unternommen wurden. Deren Regierungen kaufen oder pachten stattdessen Anbauflächen in Entwicklungsländern Asiens oder des subsaharischen Afrikas – Flächen, die dann für die Ernährung der dort auch wachsenden Bevölkerung fehlen werden. Besonders bedrohlich zeigt sich die Lage für Ägypten: Es ist mit etwa 90 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der Region und die Ägypter bestreiten über ein Drittel ihrer Ernährung

mit Weizenprodukten (die ärmsten Schichten decken die Hälfte ihres Nahrungsbedarfs mit Brot), weshalb der Weizenpreis ein elementares Politikum ist. Ägyptens Anbauflächen schrumpfen seit Jahren, weil immer mehr Ackerland der Urbanisierung oder dem Tourismus geopfert wird – woran die Generäle gut (mit-) verdienen – und weil die verbleibenden Flächen durch die Nilregulierung zunehmend versalzen. Die Saudis und Kuwait, die den Militärputsch gegen Mursi unterstützen, subventionieren gegenwärtig die notdürftig verschleierte Militärdiktatur unter al Sisi mit Milliardenbeträgen, mit denen der Weizen aus Weißrussland, der Ukraine und Russland bezahlt wird. Aber das wird irgendwann sein Ende finden – sichtlich lange, bevor Ägyptens Bevölkerung auf geschätzt 140 Millionen im Jahr 2050 angewachsen sein wird. Lange davor drohen dann Hungeraufstände. „Brot, Freiheit und soziale Gerechtigkeit“ lauteten die zentralen Forderungen der Tahrir-Platz-Platz-Bewegung 2011.

Es wäre aber falsch, die Instabilität nur in den unterentwickelten Regionen der Welt zu suchen. Der Zerfall der Sowjetunion 1991 und die darauffolgende Neubildung z. B. der baltischen Staaten, Weißrusslands und der Ukraine haben auch auf dem europäischen Kontinent neue Grenzen entstehen lassen. Die Türkei sieht sich durch kurdische Autonomiebestrebungen an ihren Grenzen zu Irak und Syrien gefährdet, weil sie ihre eigenen kurdischen Staatsbürger als unsichere Kantonisten ansieht, die sich dadurch ermutigt fühlen könnten. In der Europäischen Union (EU) flammen immer wieder Spaltungsbestrebungen in Ländern wie Italien (Lega Nord), Spanien (Katalonien und Baskenland), Belgien (Flamen und Wallonen), Vereinigtes Königreich (Schottland) auf, der Zusammenhalt der EU wie auch der Euro-Zone bleiben zerbrechlich gegen die Folgen von Wirtschafts- und Finanzkrisen. Die aktuelle Ukraine-Krise mit Bürgerkrieg und Intervention westlicher Mächte und Russlands

1– „...Ursache für internationale Spannungen im neuen Jahrtausend...: ...die immer schneller wachsende Kluft zwischen den armen und reichen Regionen der Welt... Beide misstrauen einander. Der Aufstieg des islamischen Fundamentalismus war ganz offensichtlich einer Bewegung zu verdanken, die sich nicht nur gegen die Ideologie, Modernisierung durch Verwestlichung auflehnte, sondern gegen ‚den Westen‘ an sich.“ (Eric Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme*, München, Wien 1995, S. 692)

führt vor Augen, welche Sprengkraft soziale Konflikte unter bestimmten Umständen auch in Europa auf staatliche Strukturen entfalten können, vor allem wenn nationale Minderheiten ins Spiel kommen, die von der Mehrheitsgesellschaft diskriminiert werden oder jedenfalls das Gefühl haben, nicht als vollwertige Mitglieder der offiziellen Nation anerkannt zu werden.

„Waffen werden wandern“

Die USA beschießen nun Truppen und Stellungen des IS in Irak und Syrien aus der Luft. Obama und seine westlichen Verbündeten wollen keine eigenen Bodentruppen einsetzen, stattdessen sollen etwa fünftausend Kämpfer der Freien Syrischen Armee (FSA) („*moderate Kämpfer der Opposition*“) durch US-Ausbilder trainiert und mit Waffen und Material versorgt werden. Die Luftschläge gegen den IS kommen spät; vor allem dort, wo seine Truppen sich schon in wichtigen Städten Iraks und Syriens festgesetzt haben, wo sie Deckung unter der zivilen Bevölkerung nehmen können. Die Luftschläge können die Beweglichkeit der IS-Einheiten einschränken, sie können sie aber nicht aus bewohnten Ortschaften vertreiben, wenn Obama nicht Massaker unter den Einwohnern riskieren will. Erobern lassen sich die Ortschaften nur durch den Einsatz von Bodentruppen der US-Allianz, die bei einem entschlossenen und erfahrenen Kriegsgegner mit hohen Verlusten rechnen müssten. Deshalb nun das zögerliche Zugehen auf die FSA. Aber die Freie Syrische Armee ist für den Westen kein sicherer Verbündeter. Erstens ist ihre Priorität nicht der Kampf gegen den IS, sondern der gegen Assad. Deshalb hat sie in der Vergangenheit Kampf bündnisse mit der Nusra-Front, dem syrischen Al-Qaida-Ableger, geschlossen. Einheiten der Nusra-Front wiederum sind dem Vernehmen nach zum IS übergelaufen. Die Grenzen zwischen den Rebellengruppen in Syrien sind also nicht starr und unverrückbar. Auch die von Saudi-Arabien gepöppelte „*Islamische Front*“, die gegen Assad kämpft, hat Kämpfer an den IS verloren. „*Die Kämpfer laufen der erfolg-*

reichsten Gruppe zu“, wird Douglas Ollivant, einst Berater von George W. Bush und Barack Obama, zitiert. Im Moment profitiere davon der IS. Und: „*In Kriegsgebieten sind Waffen wie Bargeld. Sie werden wandern.*“ (Andreas Ross in FAZ 16. 09. 2014)

Wichtiger noch als eher technisch-militärische Aspekte ist jedoch die Frage nach den politischen treibenden Kräften für die Fortsetzung der Kriege in der arabischen Welt, die nicht nur Bürgerkriege und „normale“ Kriege, sondern zugleich auch Stellvertreterkriege sind. Ein Einflusszentrum ist Iran, das mit Malikis Sturz als Regierungschef einen wichtigen Verbündeten in Irak verloren zu haben scheint, und das traditionell enge Verbindung zu Baschar al Assad und der schiitischen Hizbullah im Libanon unterhält. Dieses Lager gilt als Gegner der israelischen und US-amerikanischen Hegemonie in der Region. Diesem Einflusszentrum steht ein anderes unter Führung Saudi-Arabiens gegenüber, mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Ägypten, für die der Kampf gegen den Einfluss des Iran und gegen die Muslimbruderschaft bestimmend ist. Als drittes Lager kann man die Türkei im Bündnis mit Qatar sehen, die ebenso wie Saudi-Arabien den sunnitischen Islam repräsentieren, jedoch in einer dem Westen zugewandten, modernen Variante und so im Gegensatz zur religiös-fundamentalistischen Version der saudischen Monarchie. Jedes dieser Lager greift mehr oder weniger aktiv in die Kämpfe auf irakischem, syrischem, libyschem und jemenitischem Boden ein – durch Geld, Waffen und – teilweise ungewollt – durch Kämpfer. Die Lage wird noch verzwickter dadurch, dass die türkische Regierung eine ambivalente Haltung zum IS hat, weil sie das Entstehen eines kurdischen Staats an ihrer Grenze zu Syrien am liebsten unterbinden möchte. Deshalb sieht sie die Schwächung der kurdischen Kämpfer der PYD durch den IS nicht ungern, auch wenn sie den IS durchaus als Feind begreift. Aber es gibt diese Ambivalenz des türkischen Staates, weil er bis heute nicht in der Lage oder fähig ist, zu einem Ausgleich mit der kurdischen Minderheiten auf seinem eigenen Staatsgebiet zu kommen.

Dieses Aufeinanderprallen von Interessen großer regionaler Akteure, Saudi-Arabien, Iran und Türkei und der Weltmacht USA ist weit davon entfernt, den Krieg bzw. die Kriege zu verkürzen. Im Irak und in Syrien finden stattdessen Stellvertreterkriege statt, die lange andauern können, weil die Geldgeber die Kämpfe nicht auf ihrem eigenen Territorium und mit ihren eigenen Armeen austragen müssen. Es ist allerdings schwer vorstellbar, dass diese barbarische (um das Wort noch einmal zu gebrauchen) Militarisation der Region, ihre Überversorgung mit Waffen und Kämpfern, nicht auch Rückwirkungen auf die anderen arabischen Länder – egal ob aktuell kriegsbeteiligt oder nicht – haben sollte. Aber welcher Art diese Rückwirkungen konkret sein werden, lässt sich gegenwärtig noch nicht sagen, weder im Hinblick auf Ägypten noch mit Sicht auf Saudi-Arabien und die übrigen GCC-Staaten.

Die Ströme von Flüchtlingen aus den Kampfgebieten, die zu Hunderttausenden und sogar Millionen in die umliegenden Länder fließen, stellen die aufnehmenden Regierungen vor große finanzielle und soziale Probleme; sie führen sicherlich zu wachsenden sozialen Spannungen in Ländern, deren Staaten und Bürger wesentlich ärmer sind als die des westlichen Europa, wo bereits vergleichsweise kleine Flüchtlingswellen aus dem Ausland schwere innenpolitische Auseinandersetzungen auslösen. Viele Staaten des afrikanischen Kontinents nördlich wie südlich der Sahara versinken in Krieg, Bürgerkrieg und Anarchie. Der Zusammenprall mit dem globalisierten Kapitalismus und seinen Hauptprotagonisten, den großen westlichen Industrieländern, ist ihnen nicht gut bekommen. Ihre Bewohner müssen Wege finden, die Arbeitsproduktivität in ihren Ländern massiv zu steigern und ihre Infrastruktur auszubauen, um Anschluss an die entwickelte Welt zu finden, wenn sie nicht in Armut und Rückständigkeit verbleiben wollen. Aber die wirtschaftlichen und politischen Interessen ihrer herrschenden Klassen stehen in vielen dieser Länder im Gegensatz zu einem entsprechenden Entwicklungsweg.

16. 11. 2014

GB: Einige Schlüsselereignisse des Jahres 2014



Orgreave am 18. Juni 1984

Im März dieses Jahres war der 30. Jahrestag des Beginns des jahrelangen Streiks der Kohlebergleute gegen die Schließung der Gruben. Nun kamen dazu geheime Regierungspapiere nach 30 Jahren ans Licht, die zeigten, dass die Regierung Thatcher gelogen hatte. So hatte diese schon seit langem geplant, 75 Gruben zu schließen und damit 75.000 Bergleute in die Arbeitslosigkeit zu schicken. Die NUM (*National Union of Mineworkers*) sollte zerschlagen, die Kohleindustrie sollte dezimiert und der Rest sollte dann privatisiert werden.

Damit blieb der NUM gar keine andere Wahl als zu kämpfen.

Im Juni begingen ehemalige Bergleute mit ihren Familien und Freunden den Jahrestag der großen Konfrontation mit der Polizei in der Kokerei von Orgreave – dies war damals ein Schlüsselereignis. Orgreave belieferte die nahegelegenen Stahlwerke in Rotherham in Yorkshire mit Koks. Die NUM ließ so viel Koks durch, dass die Hochöfen am Brennen blieben – aber als entdeckt wurde, dass Stahl produziert wurde, entschied sie, dass kein weiterer Koks aus Orgreave mehr ausgeliefert werden sollte. Dazu setzte sie eine

Menge Streikposten ein. Die Polizei erlaubte 5.000 Streikposten, sich in Orgreave zu versammeln, während überall sonst im Land Streikposten durch Straßenblockaden der Polizei am Reisen gehindert wurden. (Die NUM hatte Kenntnis davon, dass ihre Telefone abgehört wurden. Aus diesem Grund setzte sie Boten ein, die Details darüber weitergaben, wohin die Streikposten gehen sollten.)

Dann griff die Polizei die Streikposten mit großer Brutalität an. In den BBC-Nachrichten waren die Filme so manipuliert (aufgearbeitet) worden, dass es so aussah, als ob die Streikposten die Polizei angegriffen hätten. Viele der Streikposten waren verurteilt oder festgenommen worden. Die Anklagen gegen sie wurden allerdings fallengelassen, als herauskam, dass die Polizei gelogen hatte.

Es läuft auch noch eine Kampagne für eine öffentliche Untersuchung darüber, was in Orgreave geschehen ist. Sie wurde verstärkt durch die erfolgreiche Kampagne der Familien der 96 Fußballfans des FC Liverpool, die vor 25 Jahren in Sheffield zu Tode gedrückt worden waren und von deren Unterstützern. Hier hatte die Polizei gelogen, um ihre Inkompetenz zu verschleiern. Sie hatten die Kran-

kenwagen, die den verletzten Fans zu Hilfe eilen wollten, mit der Behauptung, die Fans seien bereits tot, gestoppt. Tatsächlich waren aber noch über 40 Fans am Leben; sie könnten wohl auch immer noch am Leben sein. Es wurden falsche Totenscheine ausgestellt und Lügen an die Presse weitergegeben, nach denen die Fans betrunken gewesen seien, die Toten ausgeplündert hätten und zu guter Letzt hätten sie sogar die Retter angepisst. Das waren dieselben Polizeieinheiten, die damals die Streikenden in Orgreave angegriffen hatten.

Im Juli dieses Jahres streikten über eine Million Arbeiter des Öffentlichen Dienstes für eine bessere Bezahlung und für ihre Renten. Arbeiter und Angestellte des Gesundheitswesens und der Gemeinden hatten ihre Proteststreiks weitergeführt; am 18. Oktober hatte der TUC (*Trades Union Congress*) in London eine große Demonstration organisiert, die unter dem Motto stand: „England braucht höhere Löhne“. Die Armut ist gewachsen, ebenso wie sich die Kluft zwischen arm und reich vergrößert hat. Millionen Menschen sind auf Tafeln (Foodbanks) angewiesen, bei denen es kostenlose Nahrungsmittel gibt, die von den besser gestellten Leuten

gespendet werden. Die Arbeitslosenzahlen sind unzuverlässig, weil viele Menschen auf mehrere Teilzeitarbeitsverhältnisse angewiesen sind. Ein besonders schädliches Beispiel ist der „Null-Stunden-Vertrag“, wie in der Fast-Food-Branche, wo McDonalds das übelste Beispiel abgibt. Die Arbeiter haben einen Vertrag ohne feste Stundenanzahl, sie müssen bei Bedarf zusätzlich arbeiten, aber ohne Bezahlung der Überstunden, es gibt keine festgelegten Pausen. Das ist eine Form von moderner Sklaverei!

Bei den Arbeitern herrscht großer Unmut, aber bis jetzt noch keine allgemeine Kampfbereitschaft.

Am 13. Oktober stimmte das britische Parlament für eine Anerkennung Palästinas als Staat neben Israel, so wie es 135 andere Länder bereits getan haben. Das war eine Initiative der Labour-Party, die von Mitgliedern aller anderen Parteien unterstützt wurde, ebenso wie von anderen Gruppen, wie z.B. „Juden für Gerechtigkeit für Palästinenser“, dem „israelischen Komitee gegen die Zerstörung von Häusern“, der „Palästina Solidarität Kampagne“, Menschenrechtsgruppen und verschiedenen Gewerkschaften. Doch dieser Beschluss ist für die Regierung nicht bindend.

Die jüngsten israelischen Angriffe auf Gaza, besonders in diesem Jahr, wobei die Zivilbevölkerung ein vorsätzliches Ziel war, haben zu einem massiven Meinungswandel innerhalb und außerhalb des Parlaments geführt!

Im ganzen Land fanden Demonstrationen statt, und das in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Die größte Demonstration, die es jemals für Palästina gab – mit 150.000 Teilnehmern – fand in London statt. Im ganzen Land wurde auch gegen lokale BBC-Studios protestiert, die zu israelfreundlich berichteten. Gewerkschaften haben palästinensische Vertreter eingeladen; von ihrer Solidarität mit Israel sind sie zur Solidarität mit Palästina umgeschwenkt.

Bei den Wahlen zum EU-Parlament im Mai, die mit den Kommunalwahlen zusammenfielen, gewann UKIP, die europafeindliche populistische Partei, die größte Anzahl von Sitzen; Labour folgte auf Platz zwei. Sie konnte ihre Schwerpunkte im Norden halten, ebenso wie London und Wales. Auch die Grünen konn-

ten zulegen. Verlierer waren die Tories und die Liberaldemokraten, die nahezu bedeutungslos wurden. Die faschistische BNP verlor ihre zwei Sitze, sie befindet sich in einer tiefen Krise. UKIP fraß sich bei den rechten Tories hinein, aber mit dem weitverbreiteten Zynismus gegenüber der EU und den Politikern im Allgemeinen hat sie auch bei Labourwählern Stimmen geholt. Linke Parteien hatten gar keinen Einfluss.

Am 18. September fand das Referendum für oder gegen die Unabhängigkeit Schottlands statt, was zur Auflösung des 1707 gegründeten Vereinigten Königreichs hätte führen können. 55,3 % der Wähler stimmten gegen die Unabhängigkeit, 44,7 % dafür. Die Wahlbeteiligung lag bei 85 Prozent, das war die höchste seit 60 Jahren. Die Argumente waren leidenschaftlich und in der Politik wurden ernsthafte Debatten über grundlegende Fragen geführt, etwas, was man länger nicht gehört hatte, seitdem die Hauptparteien neoliberale Ansichten und eine ebensolche Ausrichtung haben. Teenager von 16, 17 Jahren durften abstimmen und sie beteiligten sich begeistert daran.

Glasgow und andere städtische Zentren, die traditionell rot sind, stimmten mit Ja, auch die entindustrialisierten Gegenden mit der größten Armut, während die wohlhabenderen und die ländlichen Gegenden mit Nein votierten. Edinburgh, das Finanz- und Verwaltungszentrum, stimmte mit Nein, ebenso wie Aberdeen, das Zentrum der Öl- und Gasindustrie.

Cameron empfahl den Tory-Parlamentariern, Schottland fern zu bleiben, da die Partei dort seit Thatcher als „giftig“ gilt. Der liberaldemokratische Juniorpartner der Tories ist genauso unbeliebt, deswegen führte Labour die Nein-Kampagne an. Aber weil sich Labour mit den Koalitionspartner gemein machte, erschien sie als Verteidigerin der verhassten Londoner Eliten.

Die Vertreter der Nein-Kampagne hatten außer Drohungen und dem Schüren von Ängsten nichts anzubieten. So könne Schottland das Pfund nicht weiter als Zahlungsmittel verwenden, könne der NATO nicht beitreten und hätte deswegen keine Verteidigung (ursprünglich wollten die Nationalisten in der Tat die NATO

verlassen, begnügten sich dann aber mit der Forderung nach einem Abzug der Atom-U-Boote), die Mitgliedschaft in der EU würde abgelehnt werden (Spanien und andere Länder mit Unabhängigkeitsbewegungen würden das blockieren). Verschiedenste Welt- und EU-Politiker, Offiziere, Banker und Geschäftsleute sprachen sich gegen die Unabhängigkeit aus und behaupteten, dass alle Unternehmen Schottland verlassen würden und die Lebenshaltungskosten für die Schotten steigen würden.

Am 10. September sah dann ein Meinungsforschungsinstitut die Austrittsgegner leicht in Führung, dagegen lagen sie in einer Umfrage, die am 11. veröffentlicht wurde knapp dahinter; die Unentschlossenen unter den Wählern wandten sich dann aber bei der Abstimmung der Ja-Kampagne zu. Die Parlamentsgeschäfte in London wurden eingestellt, da hunderte von Parlamentariern in einem Anfall von Panik nach Schottland reisten, um die Austrittsgegner zu unterstützen.

Die Londoner Politiker trafen auf Feindseligkeit; Miliband wurde durch Gordon Brown ersetzt, von dem man nach seiner Niederlage bei den Parlamentswahlen 2010 nichts mehr gehört hatte. Seiner Rhetorik ist es zu verdanken, dass kein weiteres Abdriften von Labour-Wählern ins Lager der Austrittsbefürworter mehr stattfand. Labours eigene Umfragen machten deutlich, dass sich die Wähler zur Seite der Austrittsbefürworter hin bewegten.

Zwischen dem 10. und dem 18. September war es wirklich komisch, die herrschende Klasse zu beobachten. „Wie sollen wir unser Land nennen?“ fragten die Kommentatoren, etwa „Vereinigtes Rumpf Königreich“ (Vereinigtes Königreich weist hin auf die Vereinigung von zwei Königreichen, zuzüglich der sechs Grafschaften von Nordirland, während Wales in dem Namen nicht vorkommt), oder „Klein-Britannien?“. Sollte Wales dann auch noch unabhängig werden, wäre England nur noch ein unbedeutender Spieler im Weltmaßstab.

Aus den genannten Gründen hat am Ende die Angst den Ausschlag gegeben. Der Labour-Politiker Douglas Alexander, ein Befürworter der Nein-Kampagne, sagte: „Die vorherrschenden Gefühle waren Misstrauen und Wut auf die Politiker. Die Abstimmung war in

Wahrheit mindestens ebenso eine Abstimmung über die Politik und die Politiker als eine über Schottland und die Schotten. Es ist ein Weckruf für die gesamte Politik.“

Den Schotten wurde größere Autonomie versprochen. Die Aus-

trittsbefürworter werden weiterhin Druck in Richtung Unabhängigkeit machen. Nationalisten, Grüne und die Schottische Sozialistische Partei verzeichneten während der Kampagne eine massive Steigerung ihrer

Mitgliederzahlen, die beiden ersten konnten sie gar verdreifachen.

Das ist ein Zeichen dafür, dass die Politik der Unabhängigkeit in Schottland weiterhin von Bedeutung ist.

Viktor Agartz 1954: Verdrängt, verfemt



Auf dem DGB-Kongress vor 60 Jahren warnt der Sozialdemokrat Viktor Agartz vor Illusionen über Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung. Die Führungsspitze stellt sich taub

Viktor Agartz (1897 – 1964) gehört zu den vergessenen Linken und ist obendrein ein von vielen Linken Vergessener. Er hatte nach Kriegsende nicht nur sowohl die SPD und als auch die Gewerkschaften mit aufgebaut und gehörte zeitweise der Parteispitze unter Kurt Schumacher an. Zwar nicht der Bezeichnung, aber der Funktion nach war er außerdem als Leiter des Bizonen-Wirtschaftsamts 1946/47 der erste sozialdemokratische Wirtschaftsminister der Nachkriegszeit. Als er wegen Krankheit ausschied, wurde Ludwig Erhard sein Nachfolger.

Seinen wichtigsten und zugleich wohl auch folgenreichsten Auftritt hatte er indes vor 60 Jahren auf dem DGB-Bundeskongress in Frankfurt/Main. Am 4. Oktober 1954 spricht er dort über das neue Aktionsprogramm der deutschen Gewerkschaften und reiht nicht einfach Forderungskataloge aneinander, sondern beurteilt schonungslos die Lage: Gewerkschaften und Linke hätten im Kampf um den Neuaufbau von Wirtschaft und Gesellschaft schon fünf Jahre nach Gründung der Bundesrepublik verloren. Von der Aufbruchstimmung der späten 40er Jahre, als selbst die CDU mit ihrem Ahlener

Programm eine vergemeinschaftete Grundstoffindustrie wollte, sei nichts mehr zu spüren.

Doch damit nicht genug. Agartz nennt die Währungsreform von 1948, die für viele der Grundpfeiler für das Wirtschaftswunder ist, eine „kapitalistische Expropriation“, die Rentner und Sparer mit ihren Guthaben ungerührt zur Kasse gebeten, Besitzer von Häusern oder anderen Sachwerten aber geschont habe. Nichts von dem, was im DGB-Grundsatzprogramm von 1949 zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft gestanden habe, sei geschehen, beklagt er. „Durch den Verlust und den vorläufigen Verzicht auf die gewollten grundsätzlichen Änderungen verlagerten sich die Hoffnungen und Erwartungen auf die Mitbestimmung als den verbleibenden Teil einer gedachten größeren Gesamtregelung.“

Im Gegensatz zur Mehrheit der führenden deutschen Gewerkschafter sieht Agartz in der Mitbestimmung keine sakrosankte „Lehre“. Die Sozialpartnerschaft von Kapital und Arbeit ist für ihn kein erstrebenswertes Ziel. Agartz warnt vor den Illusionen von „betrieblicher Sozialpolitik“ und „Gewinnbeteiligung“, mit denen Interessengegensätze nur verschleiert, die Solidarität der Arbeitenden untergraben und „Betriebsegoismus“ gefördert würden. Besonders scharf attackiert er den neuen „Arbeitsdirektor“, der dem ersten Mitbestimmungsgesetz von 1946 zu verdanken ist. Muss dieser zwar von der Gewerkschaftsseite nominiert werden, übernimmt aber ein ambivalentes Mandat. Der Arbeitsdirektor laviert zwischen Loyalität zur Geschäftsführung, der er angehört, und zur Gewerkschaft, der er Solidarität schuldet.

Auch mit der „Ideologie der Marktwirtschaft“, zu der sich viele Gewerkschafter bekennen, rechnet Agartz

scharf ab. Diese Ideologie mache für ihn „Modellbegriffe der wissenschaftlichen Theorie zu Idealen der Politik“ und Hypothesen der Markttheorie zu politischen Imperativen. Dagegen lässt sich wenig einwenden, denn 1954 werden 55 bis 70 Prozent des Sozialprodukts in nichtmarktwirtschaftlichen Sektoren wie Landwirtschaft und Energie, Verkehr und öffentlicher Verwaltung erarbeitet. „Was soll angesichts solcher Verhältnisse die Redensart von einer bestehenden Marktwirtschaft?“ – fragt Agartz. „Marktwirtschaft ist wirtschaftlicher Liberalismus, ist die Wirtschaftsform des Bourgeois, nicht das Ideal des Staatsbürgers, des Citoyens.“

Agartz verwahrt sich gegen „Belehrungen über Freiheit und Demokratie“, wie sie von den neuen Priestern der sozialen Marktwirtschaft ausgehen. Gemeint sind der Wirtschaftsminister Ludwig Erhard und der Vordenker der sozialen Marktwirtschaft, der Nationalökonom Alfred Müller-Armack.

Mit seiner radikalen Kritik verschafft sich Agartz gleich zwei unversöhnliche Feinde: die Arbeitgeberseite, für die Wirtschaftsdemokratie und expansive Lohnpolitik bis heute rote Tücher sind; und die gewerkschaftliche Funktionärselite. Im Gegensatz zu der versteht Agartz Gewerkschaften als Bewegung der um ihre Besserstellung ringenden Menschen, nicht als bürokratischen Dienstleistungsapparat, der sich um seiner selbst willen erhält.

Viktor Agartz, „der beste ökonomische Kopf“, wie ihn der Politologe Wolfgang Abendroth einst charakterisierte, zählt zur Gruppe linker Gewerkschafter und Sozialisten wie Peter von Oertzen, Theo Pirker, Leo Kofler, Gerhard Gleißberg, Kurt Gottschalk und Fritz Lamm, die jedoch

zunehmend marginalisiert werden. Im Oktober 1955 wird Viktor Agartz im DGB wegen seiner Kontakte nach Ostberlin beurlaubt und bald ebenso entlassen wie seine Mitarbeiter Theo Pirker und Walter Horn. Das Material dafür, darunter ein gefälschter Brief an SED-Chef Walter Ulbricht, hat offenbar der amerikanische Geheimdienst in Kooperation mit dem Bundesverfassungsschutz fabriziert. Belege sind nicht mehr verfügbar – die Akten sind längst vernichtet.

Auch die internationale Entwicklung schwächt damals die Linken in der Bundesrepublik sowie im übrigen Westen: Es gibt 1956 Streiks und Aufstände in Polen und Ungarn sowie die strafrechtliche Verfolgung des Verlegers Walter Janka und des Philosophen Wolfgang Harich in der DDR. Nach dem KPD-Verbot (1956) und dem Godesberger Programm der SPD (1959) zeigt Agartz Sympathien für die kommunistische Bewegung, hält aber Distanz zur DDR, der er vorwirft, nicht mal ein Streikrecht zu garantieren. Als Agartz öffentlich „Erstarrungserscheinungen“ im zweiten deutschen Staat beklagt, stellt der 1961 die Zahlungen für zwei Agartz-Projekte ein: die *Internationale Gesellschaft für sozialistische Studien* und die *Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* – WISO.

Schon vorher, 1957, muss sich Agartz wegen Landesverrats vor Gericht verantworten. Ausgangspunkt für das Verfahren waren Denunziationen aus Gewerkschaftskreisen. Er wird von Wolfgang Abendroth, Gustav Heinemann und Diether Posser vor dem Bundesgerichtshof verteidigt, der ihn schließlich am 13. Dezember 1957 vom Vorwurf landesverräterischer Beziehungen zu SED und FDGB freispricht. Die SPD schließt ihn dennoch aus, ebenso wie der DGB.

Wie viele Ende der 50er Jahre entmutigte Linke zieht sich Agartz danach aus der Politik und den Gewerkschaften zurück. Er meldet sich nur noch sporadisch zu Wort – etwa zum „Mythos der nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ oder zum SPD-Kurs nach Bad Godesberg 1959: „In einer autoritären Demokratie verbleibt der Sozialdemokratie keine andere Chance, als allein als Verwaltungsgehilfe anerkannt zu bleiben.“ Auch einem gewerkschaftlichen Pragmatismus, der sich bei seiner Lohnpolitik nur an die Preis- und Produktivitätsentwicklung hält, will Agartz mit seiner Theorie vom „politischen Lohn“ nicht folgen: „Wenn die Gewerkschaft eine Lohnforderung stellt, braucht sie keine Begründung. Sie muss nur dazu bereit sein, für diese Forderung zu kämpfen.“

Weil jede Lohnforderung ein Angriff auf den Mehrwert ist, ist der Lohn immer ein politischer Lohn.“ Agartz will durch mehr Kaufkraft der Arbeitenden eine gesteigerte Produktion wie Produktivität erreichen und weist eine inflationäre Wirkung von Lohnzuwächsen mit dem Hinweis ab, das sei „empirisch in der Wirtschaftsgeschichte noch nicht“ geschehen.

Als Viktor Agartz am 9. Dezember 1964 vereinsamt in der Nähe von Köln stirbt, bleiben ihm würdige Nachrufe verwehrt. Es ist vergessen oder verdrängt. Auch aus Anlass seines 100. Geburtstags am 15. November 1997 gab es keine Gedenkveranstaltung. Erst zehn Jahre später schließlich organisierte die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung eine Tagung zur Erinnerung an den Mann, der als wichtigster Mitarbeiter des ersten DGB-Vorsitzenden Hans Böckler maßgeblich an dessen Grundsatzprogramm von 1949 mitgearbeitet hatte.

Rudolf Walther

Dieser Beitrag erschien in der Ausgabe
39/14

der Freitag
Das Meinungsmedium

www.freitag.de

Abo: 040 3007-3510

service@abo.freitag.de

service@digital.freitag.de

„Niemals gegen das Gewissen“ Lebenszeugnis und Plädoyer eines Wehrmachtsdeserteurs



Nun ist es doch noch wahr geworden und als kleines gebundenes Büchlein im Herder-Verlag erschienen: der Lebensbericht und das mahnende Zeugnis eines kämpferischen Menschen, Ludwig Baumann, nach eigenem Vermuten der letzte noch lebende Deserteur der ehemaligen deutschen Wehrmacht. Aufgeschrieben von ihm selbst in Co-Autorschaft mit dem Journalisten und Hörfunkmoderator Norbert Joa. Baumann, im Dezember 2014 93 Jahre alt geworden, verbrachte ein langes, von Schicksal, Mühe, Tiefschlägen, aber auch späten „Erfolgen“ bestimmtes Menschenleben. Wer dem Menschen Baumann begegnet, ist bald von seinem schlichten,

aufrichtigen, warmherzigen Wesen eingenommen und angetan. Sein fast schon biblisches Alter sieht man ihm kaum an, er wirkt aufmerksam, zugänglich, unkompliziert, keineswegs verbittert oder frustriert. Das hat dem Mann mit dem weichen freundlichen Gesicht sicher so manche Tür geöffnet und Zugänge erleichtert, nicht nur als Handelsvertreter, der der gelernte Maurer zeitweilig im Berufsleben auch war.

Der Name Ludwig Baumann steht hierzulande politisch für ein exemplarisches Bestreben: den zähen und zermürbenden, jahrzehntelangen Kampf um endgültige pauschale Rehabilitierung all jener, die im Zweiten Weltkrieg aus der in grausame

Verbrechen und schwere Verstöße gegen Menschlichkeit und Völkerrecht verstrickten Wehrmacht des Naziregimes durch Desertion ausgetreten und geflüchtet sind, also Fahnenflucht begingen, auf die die Todesstrafe stand. Lange galten in der deutschen Bevölkerung Deserteure im Weltkrieg meist als Verräter, Kameradenschweine, Feiglinge, wurden bedroht, geächtet und geringgeschätzt, selten mit Achtung und Respekt bedacht. Auch manche RepräsentantInnen des öffentlichen politischen Lebens der BRD haben sich im Konzert der Missachtung nicht gerade mit Ruhm bekleckert, gaben wie der CDU-Abgeordnete Norbert Geis ihrerseits vehementes Zeugnis ab für eine starre, unbelehrbare Ablehnungs- und Blockadehaltung gegenüber diesen Verfolgten und Opfern des NS-Regimes und seiner gnadenlosen Militärjustiz, die mehr als 20.000 von rund 30.000 zum Tode Verurteilten hinrichten ließ. Etwa 4.000 Deserteure überlebten den Krieg, davon waren 1994 noch um die 400 am Leben. Ludwig Baumann wurde zum wichtigsten Träger, unnachgiebigen Betreiber und zur Symbolfigur des Bestrebens nach Rehabilitierung. Das klingt nach Superlativen, aber trifft das Thema, sein Lebensthema, im Kern.

Man könnte Baumanns eindrückliche und bewegende Schilderungen von Stationen aus seinem Lebensgang auch als Bericht aus einem „beschädigten“ Leben auffassen. Beschädigt vor allem durch die Wucht, mit der ihn die Reaktion der Militärmaschinerie mit allen ihren Folgen traf: Todesurteil nach Gefangennahme, monatelanges ungewisses Ausharren müssen in der Todeszelle, kettengefesselt an Händen und Füßen, schließlich doch unverhoffte Begnadigung zu langjährigem Zuchthaus, Überstellung mit Zwischenaufenthalt im emsländischen KZ Esterwegen ins berüchtigte Militärgefängnis von Torgau, Fort Zinna. Von dort Abkommandierung zur „Bewährung“ ins Strafbataillon an die russische Front, zum Himmelfahrtskommando in die vordersten Reihen und zur Dreckarbeit, wo viele umkamen. Hitlers menschenverächtliches Unwort, der Soldat kann sterben, der Deserteur müsse sterben, wurde in den „Bewährungsbataillonen“ zu letzter grausamer

Realität, die als Kanonenfutter und Puffer nur so nacheinander aufgerieben wurden. Und wie zum Hohn noch draufgesattelt die Auflage zur Verbüßung der 12 Jahre Zuchthaus nach Kriegsende! Doch als hätte Baumann in all diesen schlimmen Monaten und Jahren der Zwangslagen eine Art Schutzengel gehabt, überlebte er, anders als sein bester Freund Kurt Oldenburg, mit dem zusammen er in Südwestfrankreich desertiert war, auch diese Phasen der Erniedrigung und Entmenslichung und kehrte wie viele davon gezeichnet kurz nach Kriegsende nach Hause ins einst vertraute Hamburg zurück, wo nichts mehr war wie zuvor.

Ob jene, die Ludwig Baumann bis jüngst noch immer wieder anonyme Droh- und übelste Schmähbriefe an seine private Hausadresse schickten, von diesem Hintergrund etwas wussten? Hätten sie dann auch noch solche faschistoiden Angriffe gegen die ohnehin tief verletzte Würde ihres Hassobjektes gestartet? Im Buch sind einige der eindrücklichsten und verabscheuungswürdigen Beispiele solcher Briefe als Zwischentexte wiedergegeben. Dabei war Baumann nicht von der kämpfenden Front desertiert, ließ, wie der perfide Vorwurf an ihn oft lautete, gerade keine Kameraden im Stich oder verriet diese, sondern hatte sich mit Hilfe von französischen Resistanceleuten aus der Etappe abgesetzt. Sein Kamerad und er fristeten im Hafenkommando in Bordeaux ein relativ lockeres Leben als Wachsoldaten bei der deutschen Kriegsmarine. Nach dem Dienst ging man ins Soldatenkino oder in die Hafenkneipen. Der Entschluss, im Juni 1942 abzuhausen, kam anders, vom Kopf her, dem kritischen Blick auf das Kriegsgeschehen im Osten und der Bewertung des bisher eigenen Kriegserlebten, nicht zuletzt vom Willen zum Leben und der Befreiung vom Militär- und Kriegszwang. Amerika war das Ziel der Flucht, dorthin wollten die beiden Desertierenden gelangen und die Aktivisten der Resistance, zu denen man in den Hafenkaschemmen von Bordeaux leicht Kontakt bekommen konnte, wollten ihnen dabei gerne helfen. Alles lief zunächst planmäßig, die beiden kamen in zivil gekleidet in die Nähe der Grenze zum noch unbesetzten Frankreich, dort liefen sie einer deutschen

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 185 Herbst 2014, 28 S.

- uz-Pressefest in Dortmund
- Portugal im revolutionären Aufbruch 1974/75 – Teil I
- Hiroshima, 6. Aug. 1945...
- Die Legende vom deutschen Oktober 1923
- Rezensionen

Nr. 184 Sommer 2014, 32 S.

- Zum Zustand in der Türkei
- Venezuela: Orientiert die Bourgeoisie wieder auf einen Putsch?
- Bericht von unserem Wochenendseminar in München
- Tschechien: Besiegte Sieger
- Machtpoker um die Ukraine
- Die Subventionierung der Ukraine durch Russland
- Faschisten in Kiew?
- Weltmachtrolle der BRD – Wozu ist deutsches Militär weltweit in der Lage?

Nr. 183 Frühjahr 2014, 36 S.

- Mindestlohn – ein historisches Ereignis?
- Schwarz-Rote Weltmachtambitionen
- Der Krieg beginnt hier!
- Gefährliche imperialistische Machtprobe um die Ukraine
- Zu den Wahlen in Chile
- Zu Ehren der Verteidiger_innen der Bremer Räterepublik
- Von der Solidarität mit Chile zum Solidaritätsfonds

Nr. 182 Winter 2013, 32 S.

- Kein Politikwechsel
- Arbeitende Klasse, Klassenmachtverhältnisse, Klassenmobilisierung
- Tschechien: geht es weiter bergab?
- Zwei Weihnachtsbotschaften von 1936
- Schuldenkrise ist die Steuererhebungskrise
- Unsere Jahreskonferenz 2013
- Rezensionen

Bestellungen bitte an:

Gruppe Arbeiterstimme

T. Gradl, Postfach 910307

90261 Nürnberg

Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Zollstreife direkt in die Arme, die sie sofort verhaftete. Mit den zuvor aus einem Magazin entwendeten geladenen Pistolen hätten Baumann und sein Freund, die nicht gefilzt worden waren, die beiden Zollpolizisten leicht über den Haufen schießen können. Sie taten es nicht. So gesehen fast schon ein filmreifes Szenario.

Das Thema Desertion aus der Wehrmacht oder ihr im Krieg angegliederten Formationen wie dem Frontarbeitsdienst ist literarisch in deutschen Quellen nicht gerade häufig anzutreffen. Bekannt sind die sich vom Militär absetzenden Handlungsweisen von Schriftstellern wie Gerhard Zwerenz oder Siegfried Lenz (thematisiert in dessen Erzählung „Ein Kriegsende“ über eine wahre Begebenheit von Mannschafts- Meuterei in der deutschen Kriegsmarine) oder die Darstellung wahrer Begebenheiten von Desertion bei der Kriegsmarine in der fünfteiligen DEFA-Verfilmung „Rottenknechte“. Alfred Andersch verarbeitete in „Die Kirschen der Freiheit“ eigene Deserteurerlebnisse in Italien. Und Otl Aicher, der spätere Ehemann von Inge Scholl, Schwester der hingerichteten Geschwister Scholl, schildert seine Armeeflucht kurz vor Kriegsende in seinem Erinnerungsbuch „innenseiten des kriegs“. Er wurde von Angehörigen der Familie Scholl versteckt, die, um sich den sippenhaften Nachstellungen der Gestapo zu entziehen, auf einem Einödhof im Südschwarzwald untergekommen war und wartete dort das Kriegsende ab. Und auch solche Desertionen „der anderen Art“ gab es im Stil jugendlich gewagter und riskanter „Schwejkadien“ wie des 1945 gerade mal 17-jährigen Rainer Schepper aus Warendorf, der sich, noch als Luftwaffenhelfer und zum Arbeitsdienst gezogen, eigenmächtig von der sich zurückziehenden Front in Polen als „Versprengter“ getarnt entfernte und auf Umwegen ins heimatische Westfalen zurückkehrte. Von da musste er erneut einem Marschbefehl Richtung Front folgen, dem er sich auf verzögerten Wegen zu entwinden versuchte, jedoch von SS aufgegriffen und in Kassel dem Standgericht zugeführt wurde, das ihn zum Bewährungseinsatz bei der Stadtverteidigung nach Frankfurt schickte. Dort angekommen, machte er in den allgemeinen Auflösungswirren der

letzten Kriegswochen bald erneut eigenmächtig kehrt und hatte auf dem Weg nach Hause am Rhein entlang in Rhöndorf noch eine abweisende Begegnung mit Konrad Adenauer (siehe Rainer Schepper: „Ich war Deserteur. Reminiszenzen aus dem Jahr 1945“, Münster 2009, 57 S.). Der ebenfalls noch lebende Schepper teilt mit Baumann das Schicksal, einer der letzten damals so Handelnden zu sein.

Der Wiederbeginn des zivilen Lebens im kriegszerstörten Hamburg war schwer für Baumann. Sein Vater, ein Kaufmann und Tabakhändler, hatte sich über einen Geschäftsfreund mit Beziehungen zu Großadmiral Raeder an diesen gewandt und sich für die Begnadigung seines Sohnes eingesetzt, der dann auch bald stattgegeben wurde, ohne dass Baumann in der Todeszelle monatelang etwas davon erfahren hätte. Die einschneidenden Kriegs-, Gefängnis- und Fronterlebnisse hingen dem Heimgekehrten im Nacken, lasteten wie ein Alb auf seiner Seele, er kam allein damit kaum zurecht, verlor wie viele damals bald den Halt, wurde zum Trinker. Das Verhältnis zum Vater war trotz allen Einsatzes für ihn stark belastet. Es kam zu keiner befreienden Aussprache mehr mit dem 1947 verstorbenen Vater. Ludwig Baumann vertrank binnen weniger Jahre das mit der Schwester geteilte Erbe des Vaters und stand wiederum vor dem Nichts.

Nach den traumatisierenden Kriegserfahrungen, den schwierigen familiären Nachkriegsjahren mit dem frühen Tod der erst 33-jährigen Ehefrau 1966 bei der Geburt des sechsten Kindes, gibt es ein drittes Leben des Ludwig Baumann. Es setzte erst nach und nach ein durch Abkehr vom Alkohol, Besinnung auf die bestehende Verantwortung als alleinerziehender Vater und Erinnerung an die eigene Vergangenheit beim Militär. Er lässt sich zur Einsicht vom zentralen Bundesarchiv seine persönliche Militärakte kommen, erfährt erst daraus weitere Einzelheiten seines „Falles“, liest erstmals den Eingabebrief seines Vaters mit dem Gnadengesuch und weitere Dokumente. Das zusammen setzte schließlich eine Seite in Ludwig Baumanns Wesen in Bewegung, die sich gezielt mit dem eigenen Leben auseinandersetzte. Er beginnt Ende der 1970er Jahre politisch ak-

tiv zu werden, erst in Dritte-Welt-Initiativen, dann auch in der neuen Friedensbewegung gegen akute Bedrohungen durch Aufrüstung, Atomraketen-Stationierung und eine seit der Wiedervereinigung zunehmend offensive Rolle der Bundeswehr. Er nimmt im Herbst 1981 an der Demonstration Hunderttausender im Bonner Hofgarten teil, beteiligt sich mit Ansprachen an öffentlichen Initiativen für Deserteursdenkmale, reist unentwegt landauf landab, wendet sich mit Flugblattaktionen und Reden an einrückende Bundeswehr-Rekruten auf Bahnhöfen und vor Kasernentoren, spricht als Zeitzeuge vor zahllosen Schulklassen, gibt Interviews in Radio und Fernsehen im In- und Ausland.

Er wurde damit zum leibhaftigen Plädoyer gegen den Krieg und zur festen Institution, mit der die etablierte Politik fortan rechnen musste, wenn es um die berechtigten juristischen wie menschlichen Belange der Deserteursrehabilitierung ging. Er brachte in diesen Kampf um Wiedererlangung der persönlichen Würde aus dem persönlichen Erleben den zähen unbeirrbaren Willen ein, wobei er freilich auch Beistand, Hilfe und Unterstützung nötig hatte und erfuhr, aus Kreisen kirchlicher und pazifistisch-antimilitaristischer Friedensarbeit, von Vertretern politischer Parteien, vornehmlich der Grünen, SPD und damaligen PDS, aber auch von Rita Süßmuth und Heiner Geissler von der CDU, der nicht lange zuvor noch jene ungeheure und unsägliche Diffamierung in die Welt gesetzt hatte, wonach die Pazifisten in den 1930er Jahren Auschwitz erst möglich gemacht hätten. Auch Vertreter einer neuen kritischen Militärgeschichtsforschung gesellten sich dazu, ihrerseits sehr daran interessiert, endlich dokumentierendes Licht ins Dunkel eines weithin unaufgearbeiteten Kapitels deutscher Kriegsvorgänge zu bringen. Im Laufe der Jahre entstanden so eine Reihe fundierter wissenschaftlicher Texte und Publikationen von kompetenter Autorschaft, zu nennen wären etwa Namen wie Messerschmidt, Wette und Wüllner. Zusammen mit Freunden und 40 direkt Betroffenen wurde zur Verstärkung des öffentlichen Drucks im Jahr 1990 die *Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjustiz* als Verein

gegründet. Als Lobby der Betroffenen sammelte der Verein die weit verstreuten Überlebenden, beriet und unterstützte in Fällen von Entschädigungsverfahren, dokumentierte Deserteursfälle, fertigte Dossiers an, vermittelte und stellte Referenten, formulierte programmatische Forderungen, die wiederum Eingang fanden in parlamentarische Anhörungen zuständiger Bundestagsausschüsse und Gremien der politischen Legislative. Diese sichtbaren Bestrebungen führten nach mehr als 20 Jahren auch zu einem wenn auch späten gründlichen Wandel im Meinungsbild der deutschen Öffentlichkeit, wie er in allen wichtigen Schritten und Aspekten in einem exemplarischen Aufsatz des Militärhistorikers Prof. Dr. Wolfram Wette detailliert chronologisch nachgezeichnet und beschrieben wird (siehe Wolfram Wette: „Deserteure der Wehrmacht rehabilitiert. Ein exemplarischer Meinungswandel in

Deutschland 1980-2002.“ In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 52. Jg., Heft 6/2004, S. 512-527).

Entsprechend zu dieser bis 2002 besten und vollständigsten Darstellung der Vorgänge waren die wichtigen politisch erreichten Ergebnisse die 1998 erfolgte rechtliche, gefolgt von der 2002 ausgesprochenen pauschalen Rehabilitierung der Deserteure und Wehrkraftzersetzer bis hin zur schließlich 2009 auch verfügbaren Aufhebung aller Urteile wegen „Kriegsverrats“.

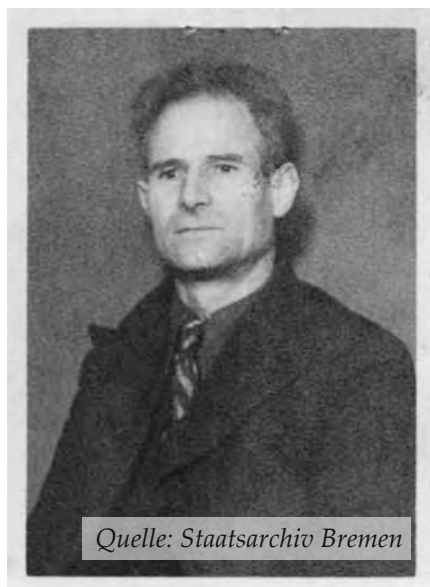
Und noch immer bleiben unerledigte Aufgaben zu tun, wie sie die Bundesvereinigung auf ihrer Webseite auflistet: Neben Informations- und Beratungsangebot und der wissenschaftlichen Aufarbeitung des Unrechtscharakters der Wehrmachtsjustiz ist es das Erstellen biografischer Studien über Opfer und Täter. Archiviertes und dokumentiertes Material soll zu Friedensengagement

ermutigen und nicht zuletzt ist für ein würdiges Gedenken der Opfer einzutreten (siehe www.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de).

E. K., Bremen, 3. 12. 2014

Ludwig Baumann: Niemals gegen das Gewissen. Plädoyer des letzten Wehrmachtsdeserteurs.

In Zusammenarbeit mit Norbert Joa
Herder Verlag, Freiburg 2014, 127 S.



Karl Wastl aktiver Gewerkschafter und Antifaschist

hen ein. Grund genug sich heute wieder an ihn zu erinnern. Wastl kam am 26. Januar 1889 in Dorfen, einer Kleinstadt im Bezirk Erding/ Oberbayern, als Sohn eines Braumeisters zur Welt.

Nach Abschluss seiner Schulzeit in der Volksschule in Dorfen, erlernte er zwischen 1903 und 1907 das Kupferschmiedehandwerk. 1908 wurde er zeitgleich Mitglied im Kupferschmiedeverband und in der SPD. Kurz nach Kriegseintritt des Deutschen Kaiserreiches am 1. August 1914 wurde Wastl zum Kriegsdienst einberufen und im Jahre 1915 schwer verwundet. 1918 trat er im Zuge der Novemberrevolution aus der SPD aus und zur USPD über. Nachdem im Jahre 1919 die Firma, bei der er beschäftigt war, bankrott ging, zog er nach Bremen-Vegesack, wo er auf der Bremer Vulkanwerft eine neue Arbeit als Kupferschmied fand. Am 30.8.1919 heiratete Wastl in Aumund die aus Ristedt (Syke) stammende Sophie Meta Schwecke.

Die Ehe mit der fünf Jahre jüngeren Meta, die selbst auch in der

ArbeiterInnenbewegung politisch aktiv war, hielt bis zu Karls Tod. Wastl, der sich im Herbst 1920 mit der Mehrheit der USPD der KPD anschließt, wird auf dem Vulkan schnell gewerkschaftlich aktiv und als Vertrauensmann und Betriebsrat tätig: Ab 1920 wird er erst Kassierer, dann Vorsitzender des Kupferschmiede-Verbandes in Vegesack. Nachdem sich die soziale und politische Lage 1923 extrem verschärfte, versuchte die KPD-Führung einen „Deutschen Oktober“ vorzubereiten. Als aber die Ausrufung eines Generalstreiks scheiterte, wurde der für den 23.10.1923 geplante Aufstand abgesagt. Dennoch kam es in Hamburg und, weitgehend unbekannt, auch in Vegesack und Blumenthal zu einem Aufstandsversuch. Wie in Hamburg kam dieser durch einen Übermittlungsfehler zustande, weil die Bremer Leitung es versäumt hatte, Wastl, den Führer des Unterbezirks Vegesack, von der Absetzung des Aufstandsplanes zu benachrichtigen.

Obwohl heute weitgehend in Vergessenheit geraten, gehörte Karl Wastl in der Weimarer Republik und nach 1945 zu den erfahrensten und bekanntesten Gewerkschaftern in Vegesack und Bremen und prägte die dortige Arbeiterbewegung über lange Jahre entscheidend mit. Seine konsequente antifaschistische Einstellung und die daraus resultierenden fast sechseinhalb Jahre in nationalsozialistischen Kerkern und Konzentrationslagern brachten ihm parteiübergreifend ein hohes Anse-

So wurden am 23.10. um 7 Uhr unter Führung von Wastl die Vulkan-Werft und die Wollkämmerei besetzt und dort die Arbeit komplett niedergelegt. Die isolierte Aktion konnte am 24.10. durch die Sicherheitspolizei im Keim erstickt werden. Wastl musste nach der Niederschlagung des Streiks untertauchen, da nach ihm reichsweit wegen „Bildung proletarischer Hundertschaften“ gefahndet wurde. Der Staatsschutz vermutete, dass Wastl, der von der KPD einen Paß auf den Namen Karl Ebelig erhalten hatte, in die Sowjetunion geflohen sei, wo er an militärischen Kursen teilgenommen habe. Als Ende 1925 das Verfahren gegen ihn aufgrund einer Amnestie eingestellt worden war, konnte er am 3.1.1926 nach Blumenthal zurückkehren. Dort wurde er erst Leiter der kommunistischen Buchstube und wechselte dann als technischer Leiter des Roten Frontkämpferbund (RFB) nach Bremen.

Diese Funktion übte er bis zum Verbot des RFB am 3. Mai 1929 aus. Aufgrund einer „schwarzen Liste“ der Vulkanwerft konnte er zwischen 1928 und 1931 in Bremen keine Arbeit finden. Als am 6.3. die KPD zu einem internationalen Welterwerbslosentag mobilisierte, demonstrierten in Bremen und Vegesack/ Aumund Tausende gegen Arbeitslosigkeit und Ausbeutung. Die 3000 Demonstranten in Vegesack wurden von ange-trunkenen Landjägern und Polizei mit „blanken Säbeln“ und Revolvern angegriffen, Wastl mit dem Säbel niedergeschlagen, schwer verletzt und trotz seiner Verletzungen wegen Landfriedensbruchs verhaftet. Am 20.7.1931 zog er von Aumund nach Oldenburg, wo er hauptamtlicher Sekretär der KPD wurde. Wastl, der bei allen Kommunalwahlen ab Ende 1925 in Aumund und Blumenthal stets als Spitzenkandidat der KPD antrat und seit 1926 als Gemeinderat in Aumund sowie im Kreistag und Kreisausschuss Blumenthal tätig war, wurde für die Landtagswahlen im Freistaat Oldenburg am 29.5.1932 als Spitzenkandidat der KPD nominiert. Bei den Wahlen erreichte die NSDAP mit 48,38 % die absolute Mehrheit, während SPD (18,75%) und KPD (5,74%) Wahlverluste hinnehmen mussten und nicht verhindern konnten, dass Carl Röver zum ersten Ministerpräsidenten einer nationalsozialistischen Landesregierung gewählt wurde.

Weil Wastl in der 2. Sitzung am 1.7.1932 dagegen protestierte, dass die NSDAP-Fraktion eine Aussprache zur Regierungserklärung verhindern wollte, wurde ihm durch den amtierenden Präsidenten das Wort entzogen und er für drei Sitzungen aus dem Landtag verbannt. Als im August 1932 die Arbeitsverwaltung Erwerbslose aus Oldenburg und Umgebung zu Notstandsarbeiten an der unteren Hunte verpflichtete und diesen für ihre Arbeit weniger Lohn als vorher Wohlfahrtsunterstützung zahlte, traten alle 600 Notstandsarbeiter in den Streik, der Anfang September mit einem Teilerfolg endete. Wastl, der in die Streikleitung gewählt worden war, versuchte vergeblich den Streik im Landtag zu thematisieren und legte am 27.9.1932 schließlich sein Landtagsmandat nieder und kehrte nach Aumund zurück.

Am 2.4.1933 wurde er von der Gestapo verhaftet und wegen Hochverratsverdacht fast fünf Monate im Untersuchungsgefängnis Bremen-Blumenthal inhaftiert, bis man ihn von dort zusammen mit 4550 anderen Häftlingen am 24.8.1933 in das KZ-Esterwegen (Lager III) überführte. Nach seiner Entlassung am 22.12.1933 wurde die Situation in Bremen-Nord für die Wastls untragbar, so dass sie zu Verwandten nach Hermannsburg in der Lüneburger Heide zogen. Am 1.1.1936 trat er in die Deutsche Arbeitsfront ein und leistete dort im Auftrag der KPD bis Ende August 1939 Oppositionsarbeit. Am 1.9.1939 wurde er erneut verhaftet und ins Konzentrationslager Sachsenhausen gebracht. Im Lager beteiligte sich Wastl an der Solidaritätsaktion „Rote Kuhle“, einer Hilfsaktion der illegalen Lagerleitung für die hungernden sowjetischen Kriegsgefangenen. Zusammen mit 149 anderen politischen Häftlingen, die man wegen Widerstandsaktivitäten verdächtigte, wird er am 11.8.1944 in eine Isolierbaracke gebracht.

In den Abendstunden des 11.10.1944 wurden 27 dieser Häftlinge – zumeist Kommunisten – erschossen. 103 Häftlinge, darunter auch Karl Wastl, wurden ins KZ Mauthausen deportiert, wo er vom 20.10.1944 bis zur Befreiung durch die Amerikaner am 5.5.1945 inhaftiert war.

Am 30.5.1945 durfte Wastl das Lager verlassen. Sofort nach seiner Genesung kehrte er nach Bremen zurück, wo er sich am Aufbau der Gewerk-

schaften beteiligte. Am 1.11.1945 wurde er Sekretär der IG Metall in Bremen-Nord. In dieser Funktion versuchte er die Selbständigkeit der Vegesacker Zahlstelle der IGM zu erreichen, scheiterte aber am massiven Widerstand der Bremer Gewerkschaftsführung.

In Folge von Parteisäuberungen und des isolationistischen Kurses der KPD entfremdete sich Wastl zusehends von seiner Partei und trat 1948 schließlich aus. Über einen Übertritt zur SPD oder gar über Parteifunktionen innerhalb der Sozialdemokratie liegen hingegen keine Belege vor. Als „Renegat“ geriet Wastl während des Bremer Werftarbeiterstreiks von 1953 in scharfe gewerkschaftliche und politische Auseinandersetzungen mit der KPD, die die „rechten Gewerkschaftsführer“, zu denen neben Wastl vor allem die IG Metall-Sekretäre Friedrich Düßmann und Heinrich Bohnsack, aber auch der eigene Genosse Johann Reiners gezählt wurden, wegen einer zu kompromisshaften Streikführung heftig kritisierte.

Die Auseinandersetzungen und Verletzungen während des Streiks führten schließlich zu einem endgültigen Bruch der ehemaligen Genossen. Wastl schied bald darauf am 1.11.1954 aus Altersgründen aus seiner Funktion als Gewerkschaftssekretär der IGM in Vegesack aus. Im Alter von 74 Jahren starb Karl Wastl am 7. März 1963 in Löhnhorst.

Philipp Vergin

Wir, Zeitung des Arbeitskreises der DGB-SeniorInnen Bremen

c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky, e-mail: m.weule@aulbremen.de

Anzeige

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920
Bremen 1980, 65 Seiten,
Broschur. 1,50 €.

Lassen Sozialdemokraten die ‚Rente für Gefangene‘ scheitern?

Am 18. Dezember 2014 wird der Deutsche Bundestag u.a. über die Einbeziehung der arbeitenden Gefangenen in die Rentenversicherung entscheiden. Einen entsprechenden Antrag hat die Fraktion „Die Linke“ vorgelegt (BT-Drs. 18/2606). Der Antrag geht auch zurück auf eine Petitions-Initiative des Komitees für Grundrechte und Demokratie. Die entsprechende Forderung wurde von über 5.770 Personen, darunter über 3.420 betroffenen Gefangenen aus 65 verschiedenen Justizvollzugsanstalten, sowie von nahezu allen bundesweit tätigen Organisationen der Gefangenenhilfe unterzeichnet. Der Petitionsausschuss hatte im April dieses Jahres die Forderungen an die Bundes- und die Landesregierungen weitergeleitet.

Bereits vor 37 Jahren wurde im damals neuen Strafvollzugsgesetz von 1977 die Einbeziehung der Gefangenen in die Sozialversicherungen verbindlich vorgesehen (§§ 190ff StVollzG). Nur ist das entsprechende Bundes-

gesetz nie erlassen worden. Bis heute wird versucht, die sonderrechtliche Stellung der Gefangenenarbeit sowie finanzielle Gründe der Bundesländer als Gegenargumente geltend zu machen. Inzwischen hat der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales seine ablehnende Haltung (gegen die Stimmen der Linken und der Grünen) erneut deutlich gemacht (BT-Drs. 18/2784).

Aus Sicht von Menschenrechts- und Gefangenenhilfsorganisationen ist die Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherung eine notwendige Konsequenz aus dem Gleichheits- und Sozialstaatsprinzip: Prinzipien mit Verfassungsrang! Auch die Würde der arbeitenden Gefangenen wird durch die Exklusion aus den Sozialversicherungssystemen schwer verletzt. Der Ausschluss, der einer Zusatzbestrafung gleichkommt, widerspricht zudem den Forderungen des Strafvollzugsgesetzes nach Resozialisierung und Angleichung der Lebensverhältnisse.

Die abgenutzten Argumente der Regierungsparteien gegen die Renten-Einbeziehung werden durch Wiederholungen nicht besser. Die Arbeitspflicht, die zudem aktuell in einigen Strafvollzugsgesetzen der Länder abgeschafft wird, war schon 1977 kein Hindernis für die prinzipielle Einfüh-

rung der Rente für Gefangene. Und die Länderfinanzen werden bis zum St.-Nimmerleinstag nicht überquellen. Die reichlichen Gewinne aus der Gefangenenarbeit werden allerdings meist verschwiegen (z.B. NRW ca. 50 Millionen Euro jährlich). Es ist jetzt endlich an der Zeit, diese minimale, aber notwendige Korrektur im Sozialstaatsgefüge der Bundesrepublik vorzunehmen. Wenn es um Prinzipien mit Verfassungsrang und um die Menschenwürde geht, dürfen finanzielle Erwägungen nicht das letzte Wort haben. Selbst die schwarz-gelbe Bundesregierung hatte noch 2011 betont, dass sie die Einbeziehung der Gefangenen in die Rentenversicherung „weiterhin für sinnvoll“ erachte (BT-Drs. 17/6589).

Die Sozialdemokraten sind inzwischen im Bundesrat mehrheitlich mitregierend. Dieses politische Gewicht könnten sie geltend machen. Wenn der Wortlaut des vorgelegten Gesetzentwurfes oder Einzelheiten nicht passen, haben die SPD bzw. die Regierungsparteien die Pflicht, eine Gesetzesalternative vorzulegen, die die Hauptforderung nach 37 Jahren Untätigkeit bzw. Blockadepolitik endlich einlöst.

Martin Singe

AG Strafvollzug im Komitee für Grundrechte und Demokratie

Anzeigen

Die Potsdamer Beschlüsse

August Thalheimer

Die Potsdamer Beschlüsse

Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem zweiten Weltkrieg

1945

Herausgegeben und eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik

Nachdruck mit einem Vorwort der Gruppe Arbeiterpolitik, August 1950. 32 Seiten, Broschur. 1,50 €.

Anzeige

TTIP und der Widerstand



„Freihandel“ gilt für bestimmte PolitikerInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen als Fahrstuhl zum Wohlstand. In Wahrheit nützt er bestimmten Staaten und Firmen, meist den großen und starken. Deren Interessen werden durchgesetzt oder können sich durch den „freien“ Handel durchsetzen. Die Interessen vieler bleiben auf der Strecke.

Diese Broschüre stellt das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU vor. Es wird auf die wichtigsten Inhalte, aber auch Kritikpunkte eingegangen. Darüber hinaus werden andere Freihandelsabkommen vorgestellt, die die EU abschließt – ohne Widerstand hierzulande, meist unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Schließlich geht es in diesem Heft um Möglichkeiten, sich zu engagieren.

Reinhard Pohl: **Freihandel TTIP und der Widerstand**
2014, 48 Seiten, 2 Euro

Online bestellen: www.brd-dritte-welt.de

Eine Gewerkschaft von und für Gefangene



Solidaritätserklärung der Bundesdelegiertenversammlung der Roten Hilfe e. V. 2014 mit der im Mai 2014 gegründeten gefangenengewerkschaft/Bo (bundesweite organisation)

Die Delegierten der Bundesdelegiertenversammlung der Roten Hilfe e. V. erklären sich solidarisch mit der neu gegründeten Gefangenen-Gewerkschaft. Sie erklären sich ebenfalls solidarisch mit den erhobenen zentralen Forderungen der Gewerkschaft wie Mindestlohn und Einbeziehung in die Rentenversicherung für Gefangene.

Wie die Ortsgruppe Halle bereits in einer Solidaritätserklärung bekundet hat: „Die Notwendigkeit einer Gewerkschaft von und für Gefangene besteht vom Prinzip her schon immer, spätestens jedoch seit dem Installieren eines gefängnisindustriellen Komplexes innerhalb der Vollzugsanstalten. Dieser zeigt sich immer

offensiver als Dienstleister und Produktanbieter für Privatkunden, aber auch für die öffentliche Hand. Profitmaximierung hat hier, genau wie außerhalb der Knäste, die oberste Priorität kapitalistischen Wirtschaftens. In den Gefängnissen spekuliert man auf die besondere örtliche Komponente hinsichtlich von Arbeitsgesetzgebung. Denn Gefängnisse als gewerkschaftsfreie Zonen, gepaart mit dem Vorenthalten von gesetzlichem Mindestlohn, Anspruch auf Rentenversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und dem Bestehen von teils prekären Arbeitsbedingungen (...) stellen doch ein paradiesisches Gelände für störungsfreie und effektivste Ausbeutung dar.“

Die Delegierten der BDV der Roten Hilfe e. V. protestieren gegen die sofort nach der Gründung der Gewerkschaft einsetzenden umfangreichen Repressalien und Einschüchterungsversuche in den Knästen, wie zum Beispiel Zeldurchsuchungen mit Einziehung von Unterlagen sowie Unterschriften-

listen. Wir wissen um die außerordentlichen Schwierigkeiten einer Organisation innerhalb der Gefängnisse und wünschen den Aktiven viel Kraft und einen langen Atem.

Wir wissen um die Wichtigkeit einer Unterstützung von außerhalb der Gefängnisse und werden versuchen, so viel wie möglich zu tun, um die Gewerkschaft zu stärken.

Wir rufen die Ortsgruppen der Roten Hilfe e. V. auf, Öffentlichkeit herzustellen für die Anliegen der Gewerkschaft, Veranstaltungen zu gestalten, die Zeitung der Gewerkschaft outbreak zu abonnieren und damit nicht nur zu verbreiten, sondern auch ihr Erscheinen mit zu sichern sowie Spenden zu sammeln, um dazu beizutragen, die notwendige Arbeit der Gewerkschaft zu ermöglichen.

Die Bundesdelegiertenversammlung der Roten Hilfe e. V., 13. September 2014

• www.gefangenengewerkschaft.de

Anzeige

ROTE HILFE e.V.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Spendenkonto: Rote Hilfe e.V.
Sparkasse Göttingen
IBAN: DE25 2605 0001 0056 0362 39
BIC: NOLADE21GOE

bundesvorstand@rote-hilfe.de
★ www.rote-hilfe.de ★

Solidarität organisieren

Mitglied werden!

DIE ROTE HILFE

Zeitung der Roten Hilfe e. V. – Zeitung gegen Repression

...und kostet 4 Euro, im Abonnement 20 Euro im Jahr. Für Mitglieder der Roten Hilfe e.V. ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. **Gefangene erhalten die Zeitung kostenlos.**

Literaturliste

K. H. Tjaden: Struktur und Funktion der KPD-Opposition eine Untersuchung zur „Rechtsopposition“ im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, SOAK-Verlag	1983, 234 Seiten , 14,00 €
Die Bremer Linksradikalen	66 Seiten, 2,00 €
Register der „Arbeiterstimme“ 1971 - 1975, 1976 - 1981, 1981 - 1989	je 1,00 €
Isaac Abusch: Erinnerungen und Gedanken eines oppositionellen Kommunisten (Hrsg. Achim Kowalczyk)	Sonderpreis 192 Seiten, 5,00 €
Immer noch Kommunist? Erinnerungen von Paul Elflein	146 Seiten, 5,00 €
Theodor Bergmann: Gegen den Strom , Die Geschichte der KPD-Opposition (KPO) (Neuauflage)	624 Seiten, 20,00 €
Jens Becker: Heinrich Brandler – Eine politische Biographie	510 Seiten, 20,00 €
Herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik: Einführung in den dialektischen Materialismus Vorträge an der Sun-Yat-Sen-Universität Moskau (August Thalheimer)	1927, 191 Seiten, 1993, 5,00 €
Zurück in die Eierschalen des Marxismus? Zum Existentialismus als bürgerliche Philosophie (August Thalheimer)	30 Seiten, 1,50 €
1923, eine verpaßte Revolution? Die deutsche Oktoberlegende und die wirkliche Geschichte von 1923 (August Thalheimer)	1931, 32 Seiten, 1,50 €
Um was geht es? Zur Krise der KPD (August Thalheimer)	1929, 32 Seiten, 1,50 €
Plattform der Kommunistischen Partei Deutschlands (Opposition)	1931, 75 Seiten, 3,00 €
Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? Eine kritische Untersuchung der Fragen: 1. Warum sind reformistische Methoden untauglich zum Kampf gegen den Faschismus? 2. Warum hat die bisherige kommunistische Taktik im Kampf gegen den Faschismus versagt, und wie muß sie geändert werden? (August Thalheimer)	1932, 34 Seiten, 1,50 €
Der Zusammenbruch der Weimarer Republik - und was weiter?	1932, 27 Seiten, 1,50 €
Volksfrontpolitik , ihre Ursachen und Folgen am Beispiel Frankreichs und Spaniens. Artikel aus dem „Internationalen Klassenkampf“ von 1935 - 1939. Eingeleitet von der Gruppe Arbeiterpolitik	1974, 95 Seiten, 2,50 €
Fluchtpunkte , Nürnberg und Bremen – Zwei Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung	316 Seiten, 20 €
Die Potsdamer Beschlüsse , Eine marxistische Untersuchung der Deutschlandpolitik der Großmächte nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1945, 32 Seiten, 1,50 €
Grundlinien und Grundbegriffe der Weltpolitik nach dem 2. Weltkrieg (August Thalheimer)	1946, 27 Seiten, 1,50 €
Weißer Flecken , Über die Geschichte der Sowjetunion, u. a. Neue Ökonomische Politik, Industrialisierung, Kollektivierung, Opposition und Prozesse, Massensäuberungen, Belagerte Festung	1991, 72 Seiten, A4, 4,00 €
August Thalheimer and German Communism – Revolutionary History	320 Seiten, 15 €
Grundlagen der Einschätzung der Sowjetunion (August Thalheimer)	1952, 43 Seiten, 1,50 €
Die Sowjetunion und die sozialistische Revolution (Heinrich Brandler)	1950, 140 Seiten, 5,00 €
Revolutionäre oder konterrevolutionäre Kritik an der Sowjetunion , Auseinandersetzung mit der Kritik Kravchenkos und Solschenizyns an der SU	1974, 68 Seiten, 3,00 €
Über die sogenannte Wirtschaftsdemokratie (August Thalheimer)	1928, 54 Seiten, 2,00 €
Der Weg der Gewerkschaften , Um eine richtige kommunistische Politik nach dem 2. Weltkrieg (Waldemar Bolze)	1948, 181 Seiten, 4,00 €
Ostblock - Westblock , Internationale monatliche Übersichten 1945 - 48 (August Thalheimer)	7,50 €
Der Faschismus in Deutschland , Analysen und Berichte der KPD-Opposition	1928- 1933, 295 Seiten, 8,00 €

Bestellungen an: Thomas Gradl, Postfach 91 03 07, D-90261 Nürnberg oder redaktion@arbeiterstimme.org

Der spanische Bürgerkrieg



240 Seiten, Paperback,
€ 12,-
 ISBN 3-00-010296-5
 Herausgegeben
 von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den „Fall Maurin“ werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

Venezuela – Welcome to our Revolution

Innenansichten des
 bolivarianischen Prozesses



168 Seiten, Paperback,
€ 10,-
 ISBN 3-9809970-1-4
 Herausgeber: Kollektiv p.i.s.o. 16

Bereits der Versuch, die sogenannte „bolivarianische Revolution“ in Kategorien zu fassen, die kompatibel zu linken Diskursen in Deutschland sind, ist schwierig: Befindet sich Venezuela bereits in einem revolutionären Transformationsprozess? Oder lässt sich die politische Realität besser als vorrevolutionäre Situation beschreiben, in der sich die gesellschaftlichen Widersprüche stetig verschärfen und in naher Zukunft zu einer weitergehenden Umwälzung führen werden? Oder sind beide Prozesse, der der Transformation wie der der Zuspitzung gleichzeitig vorzufinden, je nach gesellschaftlichem Bereich? Und welche Bereiche sind diesen Prozessen unterworfen – und welche (bislang) nicht?

Den Schwerpunkt des Buches bilden 18 Interviews, die im September 2004 in Venezuela geführt wurden.



510 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-767-4



624 Seiten, Paperback,
€ 20,-
 ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307
 90261 Nürnberg

oder:
redaktion@arbeiterstimme.org